



## Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft

herausgegeben vom  
Geschwister-Scholl-Institut  
für Politikwissenschaft

---

**2017**

Franziska Schreiner

**Der Integrations-Demarkations-  
Cleavage: Positionen und  
Framing-Strategien  
rechtspopulistischer Parteien  
im Vergleich.**

---

Masterarbeit bei  
Prof. Dr. Christoph Knill  
2017

# Inhaltsverzeichnis

<b>Abkürzungsverzeichnis</b>	<b>iii</b>
<b>Tabellenverzeichnis</b>	<b>iv</b>
<b>Abbildungsverzeichnis</b>	<b>iv</b>
<b>1 Einleitung</b>	<b>1</b>
1.1 Das politische Potential der Globalisierung	1
1.2 Forschungsfrage	2
1.3 Aufbau der Arbeit	3
<b>2 Forschungsstand</b>	<b>5</b>
2.1 Der Integrations-Demarkations-Cleavage	5
2.1.1 Qualitative Kriterien eines Cleavages	5
2.1.2 Transformationen der Konflikt-Struktur im politischen Raum	6
2.1.3 Globalisierungskonflikte als strukturelle Konfliktlinie	7
2.1.4 Demand Side: Das soziostrukturelle Potential des Integrations-Demarkations-Cleavages	10
2.1.5 Supply Side: Die parteipolitische Mobilisierung des Integrations-Demarkations-Cleavages	11
2.1.6 Das Framing des Integrations-Demarkations-Cleavages	14
2.2 Rechtspopulismus	16
2.2.1 Die Rechtspopulistische Parteienfamilie: Ideologische Verortung und Begriffsdefinition	16
2.2.2 Rechtspopulistische Parteien auf der ökonomischen Dimension: Zwischen Neoliberalismus und Wohlfahrtschauvinismus	19
<b>3 Theoretische Implikationen und Thesen</b>	<b>22</b>
3.1 Debatte um die Aktualität des Cleavage-Paradigmas in der Parteienforschung	22
3.2 Implikationen für das Verständnis von rechtspopulistischen Positionierungs- und Framing-Strategien im Parteienwettbewerb	25
3.2.1 Demarkation als gemeinsames Merkmal einer homogenen rechtspopulistischen Parteienfamilie	25
3.2.2 Dominanz kultureller Rechtfertigungs-Frames	26
<b>4 Forschungsdesign</b>	<b>27</b>
4.1 Fallauswahl	27
4.2 Parteiprogramme als Datenquelle	27
4.3 Inhaltsanalyse als Methode	28
4.4 Operationalisierung	30
4.4.1 Bildung des Kategoriensystems	30
4.4.2 Issue-Position-Codierung	34
4.4.3 Frame-Analyse	36

---

<b>5</b>	<b>Empirische Befunde</b>	<b>38</b>
5.1	Ergebnisse der Issue-Position-Codierung	38
5.1.1	Salienen: Debattenschwerpunkte der Parteien	38
5.1.2	Positionen zwischen Integration und Demarkation: Immigration	41
5.1.3	Positionen zwischen Integration und Demarkation: Europäische Integration	45
5.1.4	Positionen zwischen Integration und Demarkation: Wirtschaftsliberalisierung	49
5.2	Ergebnisse der Frame-Analyse	54
5.2.1	Rechtfertigungs-Frames beim Thema Immigration	55
5.2.2	Rechtfertigungs-Frames beim Thema Europäische Integration	57
5.2.3	Rechtfertigungs-Frames beim Thema Wirtschaftsliberalisierung	59
<b>6</b>	<b>Interpretation der Ergebnisse und Bedeutung für die Thesen der Arbeit</b>	<b>61</b>
6.1	Demarkation als Merkmal einer homogenen rechtspopulistischen Parteienfamilie aus AfD, FPÖ, FN und SVP	61
6.2	Polarisierung auf der kulturellen Dimension und Dominanz kultureller Frames	64
<b>7</b>	<b>Fazit</b>	<b>66</b>
7.1	Resümee	66
7.2	Ausblick	67
	<b>Quellenverzeichnis</b>	<b>69</b>
	<b>Anhang</b>	<b>74</b>

---

## Abkürzungsverzeichnis

AfD	Alternative für Deutschland
ebd.	ebenda
EU	Europäische Union
et al.	et alia
f.	folgende Seite
ff.	folgende Seiten
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
FN	Front National
SVP	Schweizerische Volkspartei
vgl.	vergleiche

## Tabellenverzeichnis

Tabelle 4.1: Frame-Typologie	37
Tabelle 5.1: Issue-Position-Codierungen je Parteiprogramm	38
Tabelle 5.2: Anteile der Hauptkategorien an den gesamten kodierten Aussagen je Partei	39
Tabelle 5.3: Anteile der einzelnen Issues an den kodierten Aussagen zu Immigration je Partei	39
Tabelle 5.4: Anteile der einzelnen Issues an den kodierten Aussagen zur europäischen Integration je Partei	40
Tabelle 5.5: Anteile der einzelnen Issues an den codierten Aussagen zu Wirtschaftsliberalisierung je Partei	41
Tabelle 5.6: Verhältnis von kulturellen und ökonomischen Frames je Hauptkategorie und Partei	54
Tabelle 5.7: Prozentuale Anteile kultureller und ökonomischer Frames an den codierten Frames beim Thema Immigration, parteiübergreifend	55
Tabelle 5.8: Prozentuale Anteile kultureller und ökonomischer Frames an den codierten Frames beim Thema europäische Integration, parteiübergreifend	57
Tabelle 5.9: Prozentuale Anteile kultureller und ökonomischer Frames an den codierten Frames beim Thema Wirtschaftsliberalisierung, parteiübergreifend	59
Tabelle A. 1: Kategoriensystem	74
Tabelle A. 2: Salienzen: Issue-Nennungen je Partei	75
Tabelle A. 3: Positionen: Mittelwerte über alle positiven und negativen Issue-Nennungen je Partei	75
Tabelle A. 4: Frames je Partei, Issue-übergreifend	75
Tabelle A. 5: Frames je Issue, parteiübergreifend	75

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 5.1: Positionen der Parteien je Issue in der Kategorie Immigration	42
Abbildung 5.2: Positionen der Parteien je Issue in der Kategorie europäische Integration	46
Abbildung 5.3: Positionen der Parteien je Issue in der Kategorie Wirtschaftsliberalisierung	49

# 1 Einleitung

## 1.1 Das politische Potential der Globalisierung

Die Erkenntnis, dass die Globalisierung politische Systeme grundlegend verändert, ist nicht neu. In den Sozialwissenschaften setzt mit den 1990er Jahren eine breite Auseinandersetzung über die Folgen der globalen Integration gesellschaftlicher Prozesse ein (z. B. Albrow 1996, Habermas 1998). Die Debatte ist so unübersichtlich, dass Ulrich Beck schreibt: „Globalisierung ist sicher das am meisten gebrauchte - missbrauchte und am seltensten definierte, wahrscheinlich missverständlichste, nebulöseste und politisch wirkungsvollste (Schlag- und Streit-) Wort der letzten, aber auch der kommenden Jahre" (Beck 1997: 42).

Neu ist jedoch die Idee, dass die De-Nationalisierung – die Verlagerung von Steuerungskompetenz in Wirtschaft und Politik auf internationale und supranationale Ebene – einen Rückkopplungseffekt auf den nationalen politischen Wettbewerb besitzt. 2008 macht ein Forschungsteam um Hanspeter Kriesi dieses Phänomen zum politikwissenschaftlichen Untersuchungsgegenstand (Kriesi et al. 2008 bzw. darauf aufbauend Kriesi et al. 2012). Sie vertreten die These, dass Globalisierungseffekte zur Genese eines neuen Cleavages führen, einer stabilen Konfliktlinie im Sinne Stein Rokkans (Kriesi et al. 2008: 4). Aus dieser Perspektive wird die Globalisierung als Revolution betrachtet. So wie die großen historischen Revolutionen der Nationalisierung und der Industrialisierung zieht sie eine gesellschaftliche Spaltung zwischen Befürwortern und Gegnern – mit jeweils unterschiedlicher sozioökonomischer Basis – nach sich und verändert Parteiensysteme dauerhaft und länderübergreifend. Zentral bei dieser These ist, dass es sich bei den Globalisierungsdebatten, die sich zur Mobilisierung der Wählerschaft eignen, nicht um *Eintagsfliegen* handelt, sondern dass ihre Salienz über mehrere Wahlen hinweg bestehen bleibt.

Wenn die individuelle Einstellung zu beispielsweise der europäischen Integration das entscheidende Kriterium ist, nach dem ein Wähler seine Stimme vergibt – und zwar bei mehreren aufeinander folgenden Wahlen – dann verändert dies das Parteiensystem: *Newcomer* nutzen die entstandene Gelegenheitsstruktur und etablierte Parteien haben einen Anreiz, sich zu transformieren, um das neue Konfliktpotential zu nutzen.

Blickt man auf einzelne Länder in Westeuropa, scheint genau dies zu geschehen. Die Einigkeit über die europäische Integration ist aufgeweicht. Immigration ist aufgrund neuer Migrationsströme wieder politisches Hauptthema. Die Finanzkrise und neuerdings

Freihandelskritik stellen den neoliberalen Konsens hinsichtlich grenzenloser Märkte infrage. Das öffentliche Interesse ist groß und auch Themen, die bislang nur in geringem Umfang Eingang in nationale Wahlkämpfe fanden – wie die Kompetenzen der EU-Institutionen – werden zunehmend thematisiert. Rechte Parteien nutzen dieses Potential erfolgreich: In Deutschland hat die Debatte um die Gemeinschaftswährung Euro den Newcomer *Alternative für Deutschland* (AfD) auf den Plan gerufen. In Österreich hat sich die etablierte rechtskonservative *Freiheitliche Partei Österreichs* (FPÖ) durch die Inklusion kultureller Abgrenzungselemente zu einer rechtspopulistischen Partei transformiert. Parteien der politischen Mitte geraten unter Zugzwang, sich angesichts dieser Konflikte zu (re-)positionieren.

In diesem Zusammenhang erfreut sich der Begriff des Rechtspopulismus zunehmender medialer Bekanntheit. Auf welchen gemeinsamen Nenner sich die als rechtspopulistisch bezeichneten Parteien herunterbrechen lassen und ob sie gemessen an ihren Inhalten eine homogene Parteienfamilie bilden, ist in der wissenschaftlichen Literatur jedoch umstritten. Als empirisch nachgewiesen gilt, dass sie der europäischen Integration und Immigration skeptisch gegenüberstehen (s. Kapitel 2.2), auch wenn es hier nationale Unterschiede gibt. Aber welche Positionen beziehen rechte populistische Parteien bei ökonomischen Themen? Wie verhalten sie sich gegenüber Wirtschaftsliberalisierung auf internationaler und nationaler Ebene? Und inwiefern lassen sich neue bzw. transformierte Parteien in das bestehende Links-Rechts-Spektrum einordnen, durch das westeuropäische Parteiensysteme strukturiert sind? Die existierende Literatur tut sich schwer, die vorhandenen rechtspopulistischen Parteien diesbezüglich zu klassifizieren.

## 1.2 Forschungsfrage

Das Forschungsziel der vorliegenden Arbeit besteht darin, das wissenschaftliche Verständnis über das parteipolitische Angebot und die strategische Mobilisierung von Rechtspopulisten zu vertiefen, für die sich angesichts aktueller Globalisierungsdebatten ein *opportunity window* öffnet. Der Integrations-Demarkations-Cleavage, den Kriesi et al. (2008, 2012) für nachgewiesen halten, bietet hierfür einen passenden theoretischen Rahmen, da er erstens die Relevanz von Globalisierungskonflikten in der elektoralen Arena demonstriert und zweitens rechtspopulistischen Parteien eine Schlüsselrolle bei deren Mobilisierung attestiert.

Es gilt zu untersuchen, *ob rechtspopulistische Parteien eine homogene Parteienfamilie bilden, indem sie ihre Abgrenzung zu kulturell besetzten Themen wie Immigration und europäische Integration um eine Abgrenzung auf der ökonomischen Dimension ergänzen.*

Diese Frage besitzt hohe Relevanz, da rechte Parteien auf dieser Dimension in einem wahlstrategischen Spannungsfeld zwischen klassischen *rechten*, wirtschaftsliberalen Positionen einerseits und protektionistischen Forderungen angesichts der Risiken einer globalen Wirtschaft andererseits stehen. Der These, dass sich rechtspopulistische Parteien in den drei Debatten zu Immigration, europäischer Integration und Wirtschaftsliberalisierung abgrenzend verhalten, liegt die Annahme zugrunde, dass Wohlfahrtschauvinismus zu einer Art *Erfolgsformel* von Rechtspopulisten avanciert, die ökonomische Erwägungen dem kulturell begründeten Ziel des Erhalts einer exklusiven nationalen Gemeinschaft unterordnet.

### 1.3 Aufbau der Arbeit

Eine Bewertung dieser These soll möglich gemacht werden, indem die Parteiprogramme der vier rechtspopulistischen Parteien Alternative für Deutschland (AfD), *Freiheitliche Partei Österreichs* (FPÖ), *Front National* (FN) und *Schweizerische Volkspartei* (SVP) inhaltsanalytisch untersucht werden.

In Kapitel 2 dieser Arbeit wird zunächst der Forschungsstand skizziert, um einen Überblick aktueller Studien bereitzustellen und vorhandene Forschungslücken aufzuzeigen. Dabei wird dargelegt, inwiefern man bezüglich des Globalisierungskonfliktes tatsächlich von einem stabilen Cleavage sprechen kann – und zwar einerseits auf der *Demand Side* (Soziostruktur des Elektorats) und andererseits auf der *Supply Side* (Parteipolitisches Angebot). Der Großteil der Ergebnisse zum Potential des neuen Cleavages stammt aus den Standardwerken der Forschungsgruppe um Hanspeter Kriesi (2008, 2012). Außerdem wird in Kapitel 2 der Forschungsstand zu rechtspopulistischen Parteien und deren Rolle bei der Übersetzung von Globalisierungskonflikten in Parteiensysteme umrissen. Dazu gehört eine Auseinandersetzung mit dem Begriff des Rechtspopulismus sowie die Verortung der rechtspopulistischen Parteienfamilie hinsichtlich kultureller und ökonomischer Positionen – soweit möglich. In Kapitel 3 werden theoretische Schlussfolgerungen aufgezeigt, die sich aus dem Forschungsstand ergeben. Darauf aufbauend werden Thesen formuliert, welche dann die Analyse leiten. Kapitel 4 schildert das Forschungsdesign – eine systematische Inhaltsanalyse von Parteiprogrammen. Die Inhaltsanalyse besteht dabei aus zwei Codier-Vorgängen: Eine

---

Issue-Position-Codierung, um die Positionen der Parteien zu den interessierenden Themen zu erfassen und eine Frame-Codierung, um Aufschluss über die Argumente zu erhalten, mit denen die Positionen gerechtfertigt werden. Auch grundlegende methodische Entscheidungen wie Fallauswahl und Datenquelle werden in Kapitel 4 dargelegt. In Kapitel 5 werden die empirischen Befunde anschließend detailliert aufbereitet. Welche Bedeutung die Ergebnisse für die aufgestellten Thesen und das Verständnis der rechtspopulistischen Parteienfamilie haben, wird in Kapitel 6 diskutiert. Schließlich werden in Kapitel 7 abschließende Überlegungen unterbreitet und ein Blick in die Zukunft geworfen.

## 2 Forschungsstand

### 2.1 Der Integrations-Demarkations-Cleavage

Um den Forschungsstand zum Integrations-Demarkations-Cleavage zu erfassen, muss zunächst das zugrundeliegende politikwissenschaftliche Konzept umrissen werden. Anschließend gilt es, aktuelle Erkenntnisse zum strukturierenden Potential von Globalisierungskonflikten auf der *Demand Side* und auf der *Supply Side* auszuleuchten.

Zur empirischen Überprüfung ihrer Theorie eines neuen Cleavages führte die Forschungsgruppe um Hanspeter Kriesi (2008, 2012) eine Reihe an Medieninhaltsanalysen durch, welche die Präsenz von Globalisierungskonflikten in Wahlkämpfen sechs westeuropäischer Staaten erheben sollten. Primäres Forschungsinteresse war, herauszufinden, ob Globalisierungskonflikte tatsächlich das Potential haben, Parteiensysteme langfristig zu restrukturieren.

Das zentrale Ergebnis von Kriesi et al. ist zunächst, dass seit den 1990er Jahren ein Integrations-Demarkations-Cleavage existiert (Grande 2008: 322 ff.; Grande 2012: 280). Dieses Erkenntnis beruht auf Analysen der soziostrukturellen Basis einerseits und der politischen Mobilisierung von Globalisierungskonflikten durch Parteien andererseits.

#### 2.1.1 Qualitative Kriterien eines Cleavages

Das *Cleavage-Paradigma* von Lipset/Rokkan (1990) gilt als grundlegende Theorie über Parteienwettbewerb und Wählerbindungen. Seit seiner Entwicklung 1967 wurde es nicht nur in der vergleichenden Politikwissenschaft (am prominentesten Bartolini/Mair 1990), sondern auch in der Soziologie (z. B. Stryker 2000) und in der Sozialpsychologie (z. B. Stets/Burke 2000) vielfach aufgegriffen und konzeptionell erweitert – aber auch infrage gestellt (s. Kapitel 3).

Der Anwendbarkeit der Theorie Lipsets/Rokkans, die vier historische Cleavages identifizieren (*Zentrum-Peripherie*, *Staat-Kirche*, *Stadt-Land* und *Arbeit-Kapital*), stand zunächst der Mangel einer klaren Definition entgegen: Was qualifiziert einen politischen Konflikt zu einem strukturellen Cleavage?

Um diese Frage zu beantworten stellten Bartolini/Mair (1990: 212 ff.) einen Kriterienkatalog auf. Demnach benötigt ein Cleavage mit dem Potential, ein Parteiensystem strukturierend zu prägen, drei Elemente: Der Konflikt muss erstens entlang einer sozio-strukturellen Spaltung wie Klasse, Religion, Status oder Bildung verlaufen. Zweitens ist ein Element kollektiver

Identität wie eine gemeinsame Ideologie oder gemeinsam geteilte Grundüberzeugungen notwendig. Und schließlich bedarf es drittens einer politischen Organisation der sich gegenüberstehenden Gruppen, um kollektive Identitäten zu mobilisieren. Über diese drei Elemente hinaus ist die Dauer eines Konflikts von zentraler Bedeutung. Bestimmte Interessen und Werte, die soziale Gruppen an politische Organisationen binden, werden über mehrere Wählergenerationen reproduziert und verfestigen kollektive Identitäten (Bornschieer 2007: 5). Erst wenn die Oppositionen in verschiedenen aufeinanderfolgenden Wahlen entlang der gleichen Konfliktlinien verlaufen, kann man also von einem Cleavage sprechen.

Die Entstehung einer gesellschaftlichen Spaltung und ihre Intensität hängen maßgeblich davon ab, welche Cleavages eine Gesellschaft zuvor geprägt haben. So gingen territoriale Konflikte der Nationenbildung voraus, standen ihr entgegen und überlagerten Klassenkonflikte. Erst nach der nationalen Revolution kristallisierten sich Klassenkonflikte als Cleavage heraus (Lipset/Rokkan 1990: 98). Bornschieer (2007: 5 f.) weist auf die besondere Bedeutung kollektiver Identitäten für die Pfadabhängigkeit von Cleavages hin: Der Raum für neue politische Konflikte ist immer durch bestehende kollektive Identitäten und die sich daraus ergebende Cleavage-Struktur vorbestimmt. Da sich ein Wähler immer mit mehreren Gruppen identifiziert, ist die Rangordnung dieser Identitäten entscheidend für das Mobilisierungspotential einer kollektiven Identität. Wie stark der Klassen-Cleavage das Elektorat mobilisieren konnte, hing z.B. davon ab, in welchem Ausmaß religiöse, nationalistische oder agrarische Bewegungen noch in der Lage waren, kollektive Identitäten zu konstruieren.

### 2.1.2 Transformationen der Konflikt-Struktur im politischen Raum

Ein Parteiensystem ist so lange stabil, wie neu auftretende Konflikte von den bestehenden Parteien absorbiert werden können (Bornschieer 2007: 17). Wenn jedoch das Elektorat einer Partei bezüglich eines neuen Konflikts gespalten ist und sich das Thema nicht in die existierende Struktur integrieren lässt, resultiert dies entweder in einer Repositionierung der Parteien bei gleichbleibender Anzahl an Parteien. Oder – insbesondere falls die etablierten Parteien versuchen, das Konfliktthema zu umgehen – in der Ausbildung einer neuen Partei, die das strukturelle Potential erfolgreich mobilisiert und anschließend eine Repositionierung der etablierten Parteien bewirkt (Bornschieer 2007: 18). Eine solche Repositionierung der

Parteien im politischen Raum infolge eines neuen Cleavages wird in der Literatur als Transformation bezeichnet (ebd.: 17, Kriesi et al. 2008: 13 f.)

Eine solche Transformation lässt sich für westeuropäische Parteiensysteme mit dem Auftreten neuer linker Bewegungen in den 1960er und 1970er Jahre beobachten (Bornschieer 2007: 30 ff., Kriesi et al. 2008: 12 ff.). Im Rahmen der sogenannten Bildungsrevolution verbreiteten sich Kulturliberalismus und universalistische Werte, was eine Reihe an Forderungen nach Gleichberechtigung (wie die Einhaltung von Menschenrechten, Frauenemanzipation, globale Solidarität mit den Armen oder Umweltschutz) nach sich zog. Diese neue linke Bewegung transformierte die ökonomische Dimension, indem sie den sozioökonomischen Klassenkonflikt neu belebte und Teile des Bildungsbürgertums mobilisierte, bis hin zur Ausbildung neuer linker und grüner Parteien (Kriesi et al. 2008: 13). Die kulturelle Dimension wurde insofern transformiert, als dass sich Konflikte nicht mehr hauptsächlich um religiöse Erwägungen drehten, sondern traditionalistische und autoritaristische Werte in Opposition zu liberalen und universalistischen Werten gesetzt wurden. Das Eintreten neuer linker Bewegungen und Gegenbewegungen in den politischen Raum bedeutete keine neue Dimension, sondern eine Transformation der bestehenden zwei Dimensionen: Es wurden neue Konflikte mit den bestehenden zwei Dimensionen assoziiert (ebd.: 13). Bornschieer (2007: 45) spricht von einem neuen Cleavage zwischen libertär-universalistischem und traditionalistisch-kommunitaristischem Gesellschaftsverständnis.

### 2.1.3 Globalisierungskonflikte als strukturelle Konfliktlinie

Die Forschungsgruppe um Hanspeter Kriesi (2008, 2012) diagnostiziert für den Zeitraum ab den 1990er Jahren einen zweiten neuen Cleavage mit dem Potential, westeuropäische Parteiensysteme zu transformieren.

Kriesi et al. (2008) kommen zu dem Schluss, dass direkte und indirekte Globalisierungseffekte Spaltungen innerhalb nationaler Bevölkerungen bewirken, da sie neue Gruppen von *Gewinnern* und *Verlierern* produzieren. Sie erwarten, dass diese strukturellen Konflikte das Potential zur politischen Mobilisierung besitzen und in einem neuen Cleavage resultieren (ebd.: 4). In einer umfassenden Analyse sechs westeuropäischer Länder untersuchen die Autoren die Demand Side, also die strukturelle Basis des neuen Cleavages im Elektorat, sowie die *Supply Side*, d. h. wie die Konfliktpotentiale von den Parteien aufgegriffen werden.

## Neuer Wettbewerb durch Denationalisierung: Verlierer und Gewinner

Die Einteilung in strukturelle Gruppen von Verlierern und Gewinnern nehmen Kriesi et al. vor, indem sie einen Blick auf die Konsequenzen der Denationalisierungsprozesse für die wahrgenommenen Lebenschancen der Individuen werfen (ebd.: 5 ff.): Globalisierungsverlierer empfinden die Relativierung nationaler Grenzen als Bedrohung ihrer sozialen Sicherheit. Je stärker die Identifikation mit der nationalen Gemeinschaft und ihren Traditionen, desto größer die Ablehnung gegenüber Öffnungstendenzen. Globalisierungsgewinner profitieren von den neuen Möglichkeiten und empfinden eine Steigerung ihrer Lebenschancen. Je stärker die Einbindung in Netzwerke außerhalb des Nationalstaats, desto positiver werden Öffnungstendenzen empfunden.

Ob ein Individuum die Relativierung nationaler Grenzen als Bedrohung oder als Chance empfindet, hängt auch von seinen *exit options* ab: Je nach Mobilitätsressourcen kann es den nationalen Raum verlassen und aus einer globalen Perspektive auf seine Lebenschancen blicken (ebd.: 5 ff.).

Kriesi et al. identifizieren drei gesellschaftliche Bereiche, in denen die Globalisierung als Prozess der Denationalisierung einen neuen Wettbewerb auslöst.

Zum einen ergibt sich ein wirtschaftlicher Wettbewerb: Die Öffnung von Märkten, die traditionellerweise national reguliert waren, erhöht den Druck auf Firmen und auf Arbeitnehmer. Dies führt zu einer Spaltung zwischen einerseits solchen Sektoren, die internationalen Marktdruck ausgesetzt sind und andererseits geschützten Sektoren; Erstere haben ein Interesse daran, auch andere Sektoren zu deregulieren, damit die eigenen Produktionskosten sinken (ebd.: 5 f.).

Parallel entsteht ein kultureller Wettbewerb: Arbeitsmigration sowie die Verlagerung von Arbeitsplätzen durch Produktionsauslagerungen schaffen Konkurrenz zwischen ethnischen Gruppen. Die damit verbundene Ausbreitung von Institutionen anderer Kulturen wie Vereine, Moscheen oder Kulturzentren fordert kollektive Identitäten der jeweils einheimischen Bevölkerung heraus und verschärft den wirtschaftlichen Wettbewerb (ebd.: 6). Zusätzlich wird die Öffnung der Wohlfahrtsstaaten für Arbeitsmigranten als Belastung für das Sozialsystem empfunden. Ob die Öffnung für andere Kulturen als positiv oder negativ wahrgenommen wird, hängt maßgeblich mit der Bildung der einheimischen Bevölkerungsgruppen zusammen. Denn sie erhöht die kulturelle Offenheit und befähigt in Form von Sprachkenntnissen zur

Kommunikation mit anderen Kulturen. Gleichzeitig steigen die *exit options* mit steigender Bildung (ebd.: 7).

Zusätzlich nimmt durch die Relativierung nationaler Grenzen der politische Wettbewerb zwischen Nationalstaaten, aber auch zwischen supra- und internationalen Akteuren und Nationalstaaten zu. Durch Kompetenzverlagerungen auf supranationale Ebenen oder die Transnationalisierung von Märkten laufen nationale Bürgerrechte Gefahr, ausgehöhlt zu werden. Besonders die fortschreitende europäische Integration bedeutet politischen Wettbewerb, da ein Ausbau der Brüsseler Kompetenzen mit Prinzipien wie Föderalismus und Subsidiarität konkurriert. Ein Paradebeispiel ist die Schaffung der Europäischen Zentralbank im Zuge der Währungsunion, die eine autonome Währungspolitik unmöglich macht und von nationalen Bevölkerungen teilweise als Kontrollverlust wahrgenommen wurde (ebd.: 7 f.).

Diese Veränderungen im ökonomischen, kulturellen und politischen Wettbewerb lassen also Unternehmer und qualifizierte Angestellte in international geöffneten Sektoren sowie höher gebildete und international vernetzte Bürger zu Globalisierungsgewinnern werden. Währenddessen werden Unternehmer und qualifizierte Angestellte in geschützten Sektoren, unqualifizierte Angestellte und stark national verwurzelte Bürger durch – reale und empfundene – geringere Lebenschancen zu Globalisierungsverlierern (ebd.: 8)

Es ist die große Heterogenität dieser Gruppen, die verhindert, dass das Mobilisierungspotential von den bestehenden Parteien absorbiert und Globalisierungskonflikte entlang der traditionellen *Cleavages* ausgetragen werden können. Aus diesem Grund öffnet sich laut Kriesi et al. ein *window of opportunity* für die Emergenz neuer Parteien und die Restrukturierung westeuropäischer Parteiensysteme (ebd.: 9)

Ausgehend von der Unterscheidung zwischen Gewinnern, die sich gegenüber der Globalisierung und ihren Folgen befürwortend positionieren, und Verlierern, die sich abgrenzend positionieren, wählen Kriesi et al. für diese Konfliktlinie die Terminologie *Integration* und *Demarkation* (ebd.: 9).

### Transformation auf der kulturellen und auf der ökonomischen Dimension

Die zentrale Hypothese von Kriesi et al. (2008) lautet, dass das Auftreten des Integrations-Demarkations-Konflikts eine zweite Transformation des (partei-)politischen Raumes bewirkt, jedoch wie bei der ersten Transformation eingebettet in die bestehende zweidimensionale Struktur, die seit der Emergenz westeuropäischer Parteiensysteme aus den vier historischen

Cleavages stabil ist (ebd.: 9 ff.). Auf der ökonomischen Dimension verstärkt der Konflikt den Gegensatz zwischen Pro-Staat-Positionen und Pro-Markt-Positionen und gibt ihm eine neue Bedeutung, da es sich nun um die Aufrechterhaltung staatlicher Steuerungskompetenz versus die Öffnung hin zu internationalen Märkten handelt. Dadurch erfährt der ehemals scharfe Konflikt zwischen Befürwortern des nationalen Wohlfahrtsstaates und des nationalen Wirtschaftsliberalismus einen relativen Bedeutungsverlust und büßt an Strukturierungspotential ein (Lachat/Kriesi 2008: 269). Auf der kulturellen Dimension verstärkt der Konflikt den Gegensatz zwischen Kulturliberalismus und Traditionalismus. Jedoch stehen nun weder die Ziele der neuen linken Bewegung noch religiöse Überzeugungen im Zentrum des Konfliktes: Er wird befeuert durch die Opposition zwischen integrierenden und abgrenzenden Positionen bezüglich Immigration und europäischer Integration (Kriesi et al. 2008: 13; Lachat/Kriesi 2008: 270).

#### 2.1.4 Demand Side: Das soziostrukturelle Potential des Integrations-Demarkations-Cleavages

Lachat/Dolezal (2008: 237 ff.) weisen die postulierte Spaltung auf der *Demand Side* nach, indem sie auf der Basis von Fragebogendaten des *European Social Surveys* Korrelationen zwischen soziostrukturellen Merkmalen von Wählern und ihren Positionen bezüglich Globalisierungsthemen überprüfen. Die Ergebnisse bestätigen die Annahme, dass sich die soziostrukturelle Basis des Cleavages entlang der Charakteristika Bildung und soziale Klasse in Globalisierungsgegner und -befürworter einteilen lässt (Grande 2012: 279).

Anhand von Regressionsanalysen untersuchen Lachat/Dolezal (2008: 257 ff.), welche soziostrukturellen Merkmale die Einstellungen von Wählern bezüglich europäische Integration, Immigration und Wirtschaftsliberalismus beeinflussen. Diese Analysen führen sie für Frankreich, Deutschland, das Vereinigte Königreich, die Niederlande, die Schweiz und Österreich durch.

Wie befürwortend ein Wähler gegenüber Immigration und europäischer Integration eingestellt ist, hängt länderübergreifend auf hohem Signifikanzniveau von seinem Bildungsgrad ab (ebd.: 259). Ebenfalls signifikant ist das berufliche Milieu der Wähler: Facharbeiter sowie ungelernte Arbeitskräfte neigen stärker zu skeptischen Positionen als *soziokulturelle Spezialisten* im Dienstleistungssektor (ebd.: 259). Die Autoren sprechen diesbezüglich von einem „neuen Klassenkonflikt der 1990er Jahre“ (ebd.: 264) und meinen die Opposition zwischen linksliberaler Mittelklasse und traditioneller Arbeiterschaft. Der alte

Klassenkonflikt zwischen Arbeitnehmern und -gebern hingegen hat keinerlei Einfluss auf die Positionen zu Immigration und europäischer Integration.

Ein anderes Bild ergibt sich für Wählereinstellungen zum Thema Wirtschaftsliberalisierung. Der Einfluss von Bildung ist hier länderübergreifend schwach bis irrelevant (ebd.: 264). Neben dem alten Klassenkonflikt korreliert auch eine Spaltung innerhalb der Mittelklasse mit divergierenden ökonomischen Positionen: Manager, Selbstständige und Landwirte präferieren Liberalisierung wesentlich stärker als Spezialisten in sozialen und kulturellen Berufen.

Unabhängig von den konkreten Issues erheben Lachat/Dolezal auch, welche soziale Spaltung themenübergreifend am größten ist, also zwischen welchen sozialen Gruppen Issue-Positionen am stärksten divergieren. Hier zeigt sich, dass die religiöse Spaltung und der traditionelle Klassenkonflikt seit den 1970er Jahren wenig Veränderungen unterlagen, während die Diskrepanz von Einstellungen zwischen Gruppen mit unterschiedlicher Bildung in allen Ländern außer der Schweiz seit den 1970er Jahren zugenommen hat. Ebenfalls gewachsen ist die Diskrepanz der Einstellungen zwischen den sozialen Gruppen des neuen Klassenkonflikts der 1990er – also zwischen *soziokulturellen Spezialisten* und der weniger qualifizierten Arbeiterschaft (ebd.: 244). Ein weiteres wesentliches Ergebnis dieser Analyse ist, dass die Spaltungen entlang von Bildung und sozialer Klasse bei kulturellen Issues größer sind als bei ökonomischen Issues (ebd.: 247).

Diese Ergebnisse von Lachat/Dolezal (2008) zeigen, dass die Wählerschaften westeuropäischer Länder gespalten sind, wenn es um Globalisierungsfragen geht – und dass diese Spaltung in den letzten Jahrzehnten zugenommen hat. Die Nachfrage nach einem parteipolitischen Angebot ist vorhanden – insbesondere bei den Themen Immigration und europäische Integration.

#### 2.1.5 Supply Side: Die parteipolitische Mobilisierung des Integrations-Demarkations-Cleavages

Einen Nachweis des Cleavages auf der *Supply Side* erbringt das Forschungsteam um Kriesi et al. (2008) indem es zeigt, dass Globalisierungskonflikte seit den 1990er Jahren konstant in westeuropäischen Wahlkämpfen zu beobachten sind.

Kriesi et al. halten eine Analyse der Mediendebatte im Vorfeld von Wahlen für die beste Methode um Aufschluss über die Positionen der Parteien und die Salienz, die sie bestimmten Themen einräumen, zu erhalten (Dolezal 2008: 65). Für diese Analyse, die sie erstmals in der

Studie von 2008 durchführten und 2012 fortsetzten, wählen sie für die sechs westeuropäischen Länder eine Qualitätszeitung und eine Boulevardzeitung als Untersuchungsmaterial aus, in denen sie dann im Vorfeld einzelner Wahlen Artikel über den Wahlkampf selbst sowie Artikel aus den Politik-Ressorts vercoden (ebd.: 65 ff.). Der Beobachtungszeitraum erstreckt sich von 1975 bis 2002, bzw. 2006. In den Artikeln wird für jeden *Core Sentence* (Untersuchungseinheit) das Subjekt (politischer Akteur) und das Objekt (politisches Thema) identifiziert. Die Position des Akteurs zum betreffenden Thema wird dann mit einem Wert zwischen -1 (negativ) und +1 (positiv) codiert. Anschließend werden die Themen zu 12 Kategorien zusammengefasst und die Akteure je nach Parteizugehörigkeit aggregiert. Die Parteien ordnen sie in fünf Parteienfamilien: Radikale Linke, Linksliberale, Sozialdemokraten, Christdemokraten, Konservativ-Liberale und Rechtspopulisten/Nationalkonservative.

Mit diesen Daten können dann alle Parteien und Themen durch *Multidimensional Scaling* (MDS) – eine Methode, die der Faktorenanalyse ähnelt – grafisch abgebildet werden.

Ergebnisse: Salienz und Polarisierung von Globalisierungskonflikten

Die Themen europäische Integration und Immigration sind seit den 1970er Jahren salienter geworden. Äußerungen über die europäische Integration machten in den 1970er Jahren 2,3% aller medialen Äußerungen parteipolitischer Akteure in Wahlkampfperioden aus, in den 1990er Jahren 7,8% und in den 2000er Jahren 5,1% (Kriesi 2012: 110). Äußerungen über Immigration machten in den 1970er Jahren nur einen Anteil von 1,6% aus, in den 1990er Jahren 7,4% und in den 2000er Jahren 8%. Das Thema Wirtschaftsliberalisierung hingegen hat im Zeitverlauf an Salienz eingebüßt: In den 1970er Jahren machte es 19,8% aller Äußerungen aus, in den 1990er Jahren 11,5% und in den 2000er Jahren 9,8%, während das Thema Wohlfahrtsstaat konstant salient ist (17,1%, 17,5%, 19,1%). In den 1990er Jahren war Immigration das Thema mit der stärksten Polarisierung – also mit der größten Distanz zwischen den Positionen –, während europäische Integration in den 2000er Jahren am stärksten polarisierte (ebd.: 124).

Kriesi/Grande räumen jedoch ein, dass die Konfliktlinie Integration-Demarkation insgesamt eine geringere strukturierende Wirkung auf den Parteienwettbewerb hat, als zu Beginn der Studie angenommen wurde (Kriesi 2012: 124; Grande 2012: 282). Dass das Thema Immigration im Parteienwettbewerb der 2000er Jahren weniger salient war als in den 1990er

Jahren und Wirtschaftsliberalisierung seit den 1970er Jahren irrelevanter geworden ist, deutet nicht gerade darauf hin, dass Globalisierungseffekte die Parteien unter Druck setzen. Für den Untersuchungszeitraum von Kriesi et al. (2012), der bis einschließlich 2007 reicht, lassen sich abgesehen von der Dänischen Volkspartei auch keine *Newcomer*-Parteien beobachten, welche die Mobilisierung von Globalisierungskonflikten vorantreiben. Grande (2012: 301) weist darauf hin, dass das Potential des neuen Cleavages noch nicht ausgeschöpft ist. Vor dem Hintergrund länderübergreifender Entwicklungen seit 2012, die in die Parteiensysteme europäischer Nationalstaaten hineinwirken – so der angestiegene Zustrom von geflüchteten Personen, die öffentliche Thematisierung der Chancen und Risiken von Freihandelsabkommen und die Infragestellung der Handlungsfähigkeit der Europäischen Union angesichts divergierender nationaler Interessen – bleibt auf eine erneute Untersuchung der Strukturierungskapazität des Integrations-Demarkations-Cleavages durch das Forschungsteam um Kriesi/Grande zu hoffen. 2016 erschien ein weiterer Band der Forschungsgruppe (Hutter/Grande/Kriesi 2016), allerdings galt das Forschungsinteresse hier ausschließlich der Politisierung des Themas europäische Integration.

### Einbettung von Globalisierungskonflikten in den zweidimensionalen Raum

Dass sich Konfliktthemen insgesamt – und Globalisierungskonflikte im Besonderen – anhand von *Multidimensional Scaling* (MDS) im zweidimensionalen Raum mit einer ökonomischen und einer kulturellen Achse darstellen lassen, werten die Autoren als Indiz für die Beständigkeit der Zweidimensionalität der elektoralen Arena (Grande 2012: 280). Globalisierungskonflikte stellen also keine neue Dimension in Parteiensystemen dar, sondern sind eingebettet in die bestehenden Dimensionen, während sie sie gleichzeitig transformieren – d.h. sie verändern die Bedeutung der Konflikte, die mit den Begriffen *kulturell* und *ökonomisch* assoziiert werden. Die beiden Dimensionen sind zwar in manchen Fällen integriert, d.h. bestimmte Positionen auf der ökonomischen Dimension korrelieren mit bestimmten Positionen auf der kulturellen Dimension – z.B. neigen französische Parteien am traditionalistisch-kommunitaristischen Ende der kulturellen Achse 1978 zu einer Präferenz für Wirtschaftsliberalisierung (Lachat/Kriesi 2008: 271). In den meisten Fällen sind sie jedoch unabhängig voneinander, so dass die Achsen annähernd senkrecht aufeinander stehen und man von zwei Dimensionen sprechen kann. Lachat/Kriesi (2008: 272) stellen fest, dass es hierbei keinen zeitlichen Wandel gibt, also keinen Trend Richtung Integration oder

Desintegration der Dimensionen, sondern dass es in allen untersuchten Zeitperioden einzelne Fälle gibt, in denen die Dimensionen stark integriert sind.

### 2.1.6 Das Framing des Integrations-Demarkations-Cleavages

In der 2012 wiederholten Medieninhaltsanalyse nehmen Kriesi et al. einige Neuerungen vor, da sie detaillierteren Aufschluss über die Subdebatten des Globalisierungskonfliktes erhalten möchten.<sup>1</sup> Im Forschungsmittelpunkt steht nun neben der Stabilität des neuen Cleavages auch seine Deutung durch die Parteien. Eine Framing-Analyse öffentlicher Debatten soll Aufschluss über ideologische Grundlagen und symbolische Repräsentation – das Element, das die soziostrukturelle Basis eines Cleavages mit seiner politischen Organisation verbindet – geben (Höglinger et al. 2012: 230)

Die Framing-Analyse von Höglinger et al. (2012: 229 ff.) untersucht, ob Positionen für oder gegen Globalisierung eher mit kulturellen oder mit ökonomischen Argumenten gerechtfertigt werden. Diese Frage wird jeweils für die drei Subkonflikte Wirtschaftsliberalisierung, Immigration und europäische Integration beantwortet. Der Studie von 2008 lag die theoretische Annahme zugrunde, dass die analytisch kulturellen Themen Immigration und europäische Integration kulturell *geframt* werden und das analytisch ökonomische Thema Wirtschaftsliberalisierung ökonomisch (ebd.: 229). Möglicherweise greift diese Annahme jedoch zu kurz: Immigration kann auch ein ökonomisches Thema sein, da Einwanderung Konsequenzen für Arbeitsmärkte und Sozialsysteme hat; Die europäische Integration hat ebenfalls ökonomische Konsequenzen; Die Freihandelsfrage ist zwar per se eine ökonomische Frage, aber es ist auch hier das Argument denkbar, dass Freihandel Konsequenzen für die kulturelle Identität und nationalen Zusammenhalt hat. Ob ein bestimmter Konflikt als ökonomisches oder kulturelles Problem perzipiert wird, hängt nicht nur vom thematischen Kern ab, sondern vor allem von dem Frame, mit dem er versehen wird. Denn es darf nicht vergessen werden, dass der politische Akteur in dem Moment besondere Gestaltungsmacht besitzt, in dem er ein Konfliktthema mit einem Frame versieht um dem strukturellen Potential ein kollektives Bewusstsein zu verleihen.

---

<sup>1</sup> Unter anderem erweitern sie die Analyse von Positionen politischer Akteure auf Protestbewegungen und Interessengruppen jenseits von Parteien und filtern dadurch sogenannte *Cleavage-Coalitions* heraus. Auf ihre Ergebnisse diesbezüglich wird nicht eingegangen, da Akteure jenseits des Parteiensystems für die vorliegende Arbeit nicht relevant sind.

In Anlehnung an den Framing-Begriff von Entman (1993: 52) setzen Höglinger et al. (2012: 237) Framing mit der Rechtfertigung von Positionen gleich. Für jede von einem parteipolitischen Akteur geäußerte Position (Statement) codieren sie einen oder mehrere Frames, die der jeweilige Akteur zur Rechtfertigung anführt. Dazu konzeptualisieren sie sechs mögliche Frames: zwei kulturelle Frames (nationalistischer Frame und multikulturalistisch-universalistischer Frame), zwei ökonomische Frames (Soziale-Sicherheit-Frame und Wirtschaftsprosperität-Frame) sowie zwei weitere utilitaristische Frames (Politische-Effektivität-und-Effizienz-Frame und Sicherheit-und-Umwelt-Frame).

Die Ergebnisse von Höglinger et al. (2012: 240) bestätigen, dass in allen drei Subkonflikten mit beiden Logiken argumentiert wird. Dabei zeigt sich, dass Positionen bezüglich der europäischen Integration zu 39,9% kulturell gerechtfertigt werden und zu 33,7% ökonomisch. In der Immigrationsdebatte wird zwar überwiegend kulturell argumentiert (57,7%), fast jedes vierte Argument ist jedoch ökonomisch (23,1%). Die Argumente, die für oder gegen Wirtschaftsliberalisierung vorgebracht werden, weisen eine homogenere Logik auf: 77,5% sind ökonomischer Natur, 8% kultureller Natur. Diese Ergebnisse zeigen, dass die Vorstellung, dass Immigration und europäische Integration die kulturelle Dimension des politischen Raumes transformieren, und Handelsliberalisierung die ökonomische Dimension transformiert, zu kurz greift. Alle drei Entwicklungen transformieren den zweidimensionalen Raum und können Parteiensysteme polarisieren – je nach Selektion und Salienz im parteipolitischen Wettbewerb.

## 2.2 Rechtspopulismus

Rechtspopulistische Parteien gelten als Katalysatoren bei der Mobilisierung von Globalisierungskonflikten innerhalb der elektoralen Arena (Grande 2012: 287). Sie greifen die Präferenzen der Globalisierungsverlierer auf und bedingen dadurch eine Repositionierung der etablierten Parteien (Lachat/Kriesi 2008: 267). Dabei nehmen sie eine besondere Rolle bei der Transformation der kulturellen Dimension ein. Durch die Verbindung der Themen Immigration und europäische Integration mit nationalistischen Argumenten – wie der Schutz nationaler Identität, Kultur oder Souveränität – verstärken sie den Gegensatz zwischen Kulturliberalismus und Traditionalismus. Marks et al. (2006: 155 ff.) entdecken einen Zusammenhang zwischen der Einstellung zur europäischen Integration, die eine Partei an den Tag legt und ihrer Position auf der kulturellen Dimension, die sie *GAL-TAN-Dimension* (grün/alternativ/libertär vs. traditionell/autoritär/nationalistisch) nennen. Dolezal/Hellström (2016: 156 ff.) weisen empirisch nach, dass populistische rechte Parteien in der Schweiz, in Österreich und in Frankreich treibende Kraft bei der Politisierung des Themas Europa in Wahlkämpfen sind.

Um die Rolle dieser Parteien innerhalb westeuropäischer Parteiensysteme zu verstehen, ist ein Blick auf ihr politisches Programm erforderlich. Die vorhandene Rechtspopulismus-Forschung besteht aus theorie- und empiriegeleiteten Beiträgen, die anhand von definitorischen Abgrenzungen sowie ideologischen Verortungen der als rechtspopulistisch bezeichneten Parteien auf eine Typologisierung der Parteienfamilie abzielen.

### 2.2.1 Die Rechtspopulistische Parteienfamilie: Ideologische Verortung und Begriffsdefinition

Um Parteien am äußeren rechten Rand zu klassifizieren und Begriffe wie Populismus, Rechtsradikalismus oder Nationalismus zu definieren, lohnt sich ein Blick auf das ideologische Spektrum der Familie. Während Geschichte, Wahlerfolge oder Parteiführungen ebenfalls mögliche Indikatoren für die Klassifizierung von Parteien sind, schlägt Mudde (2002: 2) vor, die Ideologie von Parteien als ausschlaggebendes Kriterium für ihre Nähe oder Entfernung zu anderen Parteien zu betrachten. Unter der Prämisse, dass Parteiensysteme zweidimensional sind, muss man rechte populistische Parteien also ideologisch auf der kulturellen und auf der ökonomischen Achse verorten, um von einer Familie sprechen zu können. Außerdem ist die Frage zu klären, ob der Begriff des Populismus ein geeignetes analytisches Konzept ist um

Parteienfamilien zu klassifizieren – und wie trennscharf sich rechter Populismus von rechtem Radikalismus unterscheiden lässt.

### Rechtspopulistische Parteien auf der kulturellen Dimension

Innerhalb der Rechtspopulismus-Forschung besteht Einigkeit darin, dass traditionalistische und kommunitaristische Werte bezeichnend für den rechten Rand des kulturellen Spektrums sind. Dieser Wertekanon steht in direkter Opposition zu universalistischen und liberalen Idealen. Grundgedanke des Kommunitarismus ist, dass traditionelle Normen, die aus gemeinsamen Überzeugungen entstanden sind, höher zu bewerten sind als abstrakte universalistische Prinzipien (Bornschiefer 2010: 18). Demnach zerstört die multikulturelle Gesellschaft die organisch gewachsene nationale Gemeinschaft und löst Traditionen auf. Die Ablehnung des Multikulturalismus beruht auf der – höher bewerteten – Wahrung der nationalen Identität und bietet dadurch eine Rechtfertigung für die Exklusion nichtangepasster Gruppen. Betz/Johnson (2004: 317) sprechen von einem *differentialistischen Rassismus*, der auf die Aufrechterhaltung der nationalen Identität abzielt und sich darin von traditionellen Rassismen unterscheidet, deren ideologischer Kern der Erhalt der nationalen Ethnie ist. Auch Kitschelt (2007: 1179) betrachtet den hohen Stellenwert von – territorialen oder biologischen – Grenzen zwischen *In-Group* und *Out-Group* als zentrales Charakteristikum für die Klassifizierung von rechtsradikalen Parteien.

### Nationalismus, Ethnopluralismus und Nativismus

Nationalismus meint die Vorstellung, dass Nation und Staat deckungsgleich sein sollen (Mudde 2007: 16). Die Nation kann dabei entweder über kulturelle Homogenität definiert sein, dann beruht die Zugehörigkeit zu einer Nation auf der persönlichen Entscheidung für eine bestimmte Kultur. Sie kann aber auch über ethnische Homogenität definiert sein, dann wird die Zugehörigkeit zu einer Nation vererbt.

Ethnopluralismus als Subtyp von Nationalismus geht davon aus, dass verschiedene Kulturen zwar gleichwertig, aber grundverschieden und deshalb inkompatibel sind (Golder 2016: 480). Im Unterschied zum Rassismus ist für den Ethnopluralismus keine Kultur einer anderen überlegen, weshalb eine kulturell diverse Welt durchaus gewünscht ist – Kulturen sollten dabei aber innerhalb nationaler Grenzen homogen sein.

Der Begriff Nativismus zielt auf das Geburtsrecht der einheimischen Bevölkerung innerhalb eines Nationalstaats ab. Fremde Kulturen gelten nicht als gleichwertig und Fremdes gilt als

potentielle Gefahr für die eigene Kultur (Mudde 2007: 19). Nativismus ist im Gegensatz zum Ethnopluralismus offen rassistisch.

### Rechtsradikalismus und Populismus

An dieser Stelle ist unbedingt darauf hinzuweisen, dass der Begriff *extreme right parties* im englischen Sprachgebrauch etwas Anderes meint, als der Begriff der rechtsextremen Partei im deutschen Sprachgebrauch. Der deutsche Begriff der rechtsextremen Partei beinhaltet ein verfassungsfeindliches Moment (Mudde 2002: 12, Golder 2016: 478). Währenddessen sind *extreme right parties* Parteien am äußeren rechten Rand des links-rechts-Spektrum und benötigen kein Anti-System-Element, um dieser Kategorie zugeordnet zu werden (Bornschieer 2010: 33). Eine größere inhaltliche Nähe findet sich beim deutschen Begriff *Rechtsradikalismus* und beim englischen Begriff *radical right*. Denn Rechtsradikalismus impliziert eine Präferenz für radikale Demokratiereformen zur Umsetzung des nationalen Mehrheitswillens, aber keine Eliminierung des Systems selbst (Mudde 2002: 12).

Wie hilfreich der Begriff *Populismus* dabei ist, die Frage nach der zugrundeliegenden Ideologie einer Partei zu beantworten, ist in der Literatur umstritten. Teilweise ist mit Populismus vielmehr eine Rhetorik gemeint, ein Politikstil, der durch das Schüren von Ängsten und Ressentiments auf Massenmobilisierung abzielt (Golder 2016: 13).

Betz/Johnson (2004: 313 ff.) ordnen den Populismus als Typ der rechten Parteienfamilie ein und argumentieren, dass er als bestimmte politische Rhetorik auch einen ideologischen Inhalt transportiert. Laut diesen Autoren basiert die populistische Ideologie auf einer Ablehnung der Machtverhältnisse in liberalen kapitalistischen Demokratien, die mit einer Elitenverachtung einhergeht (ebd.: 313). Der politischen Elite wird unterstellt, sie bedrohe durch ein multikulturalistisches Mantra Meinungsfreiheit und Volkswillen, was zu einer Degeneration der repräsentativen Demokratie führe. Dadurch wird die Vorstellung einer klar abgrenzbaren Freund-Feind-Dichotomie erzeugt.

Ob die dem Populismus zugrundeliegende Freund-Feind-Dichotomie eine *Ideologie* ist, bleibt Streitbar. Ideologie als ein favorisierter Soll-Zustand des Zusammenlebens, eine Gesellschaftsutopie, bedarf nicht nur der Identifizierung von Problemen, sondern auch einer exakten Vorstellung ihrer Lösung. Ob Populismus demnach eine eigenständige Ideologie ist, hängt davon ab, ob er eine solche Lösungsvorstellung anbietet, und davon, ob sich diese dann noch von Rechtsradikalismus unterscheidet. Die Schnittmenge zwischen den Konzepten des

Rechtsradikalismus und des Rechtspopulismus ist jedoch groß, in der Literatur findet sich kein allgemein akzeptiertes Kriterium für eine Trennung. Auch dem Rechtsradikalismus liegt eine Freund-Feind-Dichotomie zugrunde. Und auch der Rechtspopulismus zielt auf eine Demokratiereform ab.

Bornschieer (2010: 34) vertritt eine andere Auffassung des Populismus-Begriffs als Betz/Johnson. Er betrachtet ihn als einen bestimmten Diskurs-Stil, der dem Zweck des Diskreditierens etablierter Parteien dient. Ein Weg für neue Parteien, sich im Parteiensystem zu etablieren und eine Wählerwanderung zu bewirken, führt über die Infragestellung der eingesessenen Parteien und ihrer Responsivität zu Wählerinteressen. Elitenkritik ist deshalb ein Phänomen, das besonders häufig bei neuen Parteien zu beobachten ist. Sie ist demnach eben kein ideologisches Moment, sondern ein strategisches.

Mit diesem Populismus-Begriff im Hinterkopf stellt Bornschieer (ebd.: 35) drei Kriterien auf, welche die Familie populistischer Außen-rechts-Parteien (*extreme-right-wing populist parties*) – im Folgenden als rechtspopulistische Parteien bezeichnet – definiert: Erstens muss sich eine Partei auf der ideologischen Achse von libertär-universalistischen zu traditionalistisch-kommunitaristischen Werten am äußeren Ende des letzteren Begriffspaares verorten lassen. Zweitens muss sie einen Anti-Establishment-Diskurs an den Tag legen, mit dem sie sich strategisch von der etablierten Politikelite abgrenzt. Drittens weist Bornschieer auf ein weiteres strategisches Merkmal hin: Rechtspopulistische Parteien besitzen eine starke innere Hierarchie, die es ihnen ermöglicht, ihr Programm schnell und flexibel an veränderte Wählerbedürfnisse anzupassen.

### 2.2.2 Rechtspopulistische Parteien auf der ökonomischen Dimension: Zwischen Neoliberalismus und Wohlfahrtschauvinismus

#### Ambivalente Diagnosen

Ob für die Klassifizierung der rechtspopulistischen Parteienfamilie eine Verortung auf der ökonomischen Dimension möglich ist, ist in der Literatur umstritten. In der älteren Forschung (Betz 1993, Kitschelt/McGann 1995) wird rechtsradikalen Parteien mehrheitlich auch ein rechtes Wirtschaftsprofil attestiert. So stellt Betz (1993: 417) Anfang der 1990er Jahre fest, dass rechtspopulistische Parteien eine neoliberale, anti-etatistische Wirtschaftspolitik präferieren, die auf Privatisierung und die Deregulierung des privaten Sektors abzielt und den Ausbau staatlicher Kompetenzen sowie des Wohlfahrtsstaats ablehnt.

Die neuere Forschung zeigt ein weniger eindeutiges Bild, da die wirtschaftspolitischen Profile der als außen-rechts bezeichneten Parteien stark divergieren und sich über Zeit verändern (Golder 2016: 484).

Eger/Valdez (2015) demonstrieren einen programmatischen Wandel zwischen 1970 und 2010 anhand der Wahlprogramme von Parteien, welche die Literatur als rechtsradikal oder rechtspopulistisch identifiziert. Mithilfe der Daten des *Comparative Manifesto Projects* zeigen sie in einem länderübergreifenden Zeitvergleich, dass wirtschaftsorthodoxe Positionen und Forderungen nach mehr Marktfreiheit in den Programmen rechter Parteien im Zeitraum 1996-2010 verglichen mit dem Zeitraum 1970-1995 an Salienz eingebüßt haben (Eger/Valdez 2015: 121). Positionen für eine Ausdehnung des Wohlfahrtsstaates haben hingegen zugenommen. Arzheimer (2008: 173 ff.) weist nach, dass ökonomischer Liberalismus auch aus Wählerperspektive kein Attribut von rechtsradikalen Parteien ist, indem er zeigt, dass neoliberale Präferenzen keinen signifikanten Effekt auf die abhängige Variable *Wahl einer Rechts-Außen-Partei* besitzen.

Die Studien von Kriesi et al. (2008, 2012) bestätigen, dass es bei den ökonomischen Positionen rechtspopulistischer Parteien eine Verlagerung von rechts nach links gegeben hat. Die Ergebnisse der ersten Medieninhaltsanalyse, deren Beobachtungszeitraum bis 2002 reicht, verorten Rechtspopulisten auf der ökonomischen Dimension entsprechend der moderaten Rechten (Lachat/Kriesi 2008: 295). Die Ergebnisse der zweiten Studie – die Parteipositionen bis einschließlich 2007 erhebt – zeigen, dass die radikale Rechte wirtschaftsliberale Positionen zunehmend fallen lässt und teilweise für Protektionismus, Interventionismus und Wohlfahrtsstaatausbau eintritt (Grande 2012: 282).

Wohlfahrtschauvinismus – Erklärungen für den programmatischen Wandel

Kitschelt/McGann (1995: vii f., 275) begründen die Präferenz marktliberaler Positionen durch die populistische radikale Rechte in den 1990er Jahren mit der wahlstrategischen Erfolgsformel aus kulturellem Autoritarismus und ökonomischem Liberalismus. Laut den beiden Autoren zieht diese Erfolgsformel im Elektorat zwei Gruppen an, die von Modernisierungsprozessen des entwickelten Kapitalismus bedroht werden, aber in unterschiedlichen sozioökonomischen Situationen leben: Ungelernte Arbeitskräfte und geringqualifizierte Angestellte (*blue collar workers*) werden durch ein autoritaristisches Gesellschaftsverständnis angesprochen, das die Exklusivität von Bürgerrechten und die

Ablehnung von Immigration zum Schutz ihrer Arbeitsplätze beinhaltet. Währenddessen werden Kleinunternehmer und Selbstständige mit marktliberalen Forderungen mobilisiert, die ihnen mehr Freiheiten beim unternehmerischen Handeln sowie den Abbau bürokratischer Hürden in Aussicht stellen.

Kritik an dieser Charakterisierung der populistischen rechtsradikalen Parteienfamilie durch wirtschaftliche Öffnung und kulturelle Schließung kommt von Cas Mudde (2007). Er argumentiert empirisch, dass ihre sozioökonomischen Programme kaum neoliberale Elemente aufweisen (ebd.: 119), sondern – in unterschiedlichen Ausprägungen – protektionistische Forderungen nach der Abgrenzung der nationalen Ökonomie nach außen beinhalten (ebd.: 125). Das vorherrschende Argument für Protektionismus lautet dabei, dass die nationale Volkswirtschaft dem nationalen Volk dienen soll und deshalb unter strikter Kontrolle des nationalen Staates stehen müsse. Internationale Marktstrukturen seien demnach mit Vorsicht zu genießen, da sie die nationale Kontrolle einschränken. Gleichzeitig identifiziert Mudde im rechtspopulistischen Spektrum Forderungen nach wohlfahrtsstaatlicher Absicherung (ebd.: 130 f.). Zentral bei dieser Forderung ist, dass sich die soziale Absicherung auf die nationale Staatsbürgerschaft beschränken soll.

Mudde spricht von Wohlfahrtschauvinismus, einem ökonomischen Nationalismus, bei dem ein nativistisches Wirtschaftsprogramm dem ideologischen Ziel einer exklusiven nationalen Gemeinschaft dient (ebd.: 137).

### 3 Theoretische Implikationen und Thesen

#### 3.1 Debatte um die Aktualität des Cleavage-Paradigmas in der Parteienforschung

Die Erkenntnis, dass der neue Cleavage eine Transformation der zwei strukturierenden Dimensionen bei gleichzeitiger Stabilität westeuropäischer Parteiensysteme bedeutet, räumt mit zwei prominenten Hypothesen der neueren Literatur über Parteiensysteme auf.

Erstens wird die *Destrukturierungs-These* entkräftet. Sie geht davon aus, dass Cleavages im Sinne Lipsets/Rokkans an strukturierender Kraft einbüßen und durch kurzfristige, themenspezifische Konflikte ersetzt werden (Franklin et al. 1992: 383 ff.).

Die Cleavage-Theorie galt jahrzehntelang als vorherrschendes Paradigma bei der Erklärung von Parteiensystemen. In Anlehnung an Talcott Parsons (1951) strukturfunktionalistisches AGIL-Schema entwickelten Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan 1967 ein Modell, in dem Parteien eine doppelte Funktion bei der Fortentwicklung moderner Gesellschaften zukommt. Sie sprechen von einer *Konflikt-Integration-Dialektik* (Lipset/Rokkan 1990: 92 f.): Einerseits dienen Parteien der Artikulation und Kanalisierung von Interessen, die divergieren und Konfliktpotential besitzen (*Expressive Funktion*). Gleichzeitig ist es aber genau diese Fähigkeit, Konflikte mit Spaltungspotential in das bestehende System zu integrieren, die das System letztendlich stabilisiert. Denn die Existenz unterschiedlicher Parteien bringt den Wähler dazu, in Konfliktsituationen nicht das politische System an sich infrage zu stellen, sondern die regierende Partei. Regierende Parteien müssen zum eigenen Machterhalt also Interessen bündeln und nach Kompromissen suchen (*Integrierende Funktion*).

Neue Parteien sind immer dann entstanden, wenn es Konflikte gab, die die Gesellschaft langfristig spalteten und dadurch die Notwendigkeit organisierter Interessenvertretungen entstand, damit das System trotz Divergenzen fortbestehen konnte. Lipset/Rokkan (1990: 101 ff.) identifizieren vier große historische Konflikte, die sie als Cleavages bezeichnen, da sie langfristige Spaltungen nationaler Gesellschaften auslösten.

Die zunächst in Frankreich einsetzende nationale Revolution generierte einerseits einen *Zentrum-Peripherie-Cleavage*, da sie Nationenbildung und Zentralisierung solchen Kräften gegenüberstellte, die die Aufrechterhaltung regionaler Strukturen entlang ethnischer und sprachlicher Traditionen bevorzugten (ebd.: 101). Außerdem bewirkte die nationale Revolution einen *Staat-Kirche-Cleavage*, denn die divergierenden Interessen zwischen einem

erstarkenden Staatsapparat und etablierten Privilegien der Kirche – wie beispielsweise im Bereich der Bildung – spalteten europäische Gesellschaften nachhaltig und resultierten schließlich in der Ausbildung konfessioneller Parteien.

Die industrielle Revolution löste die Entstehung zweier weiterer struktureller Konfliktlinien aus. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts prallten die Interessen eines aufsteigenden industriellen Unternehmertums auf jene der Agrarwirtschaft und so führten Uneinigheiten bezüglich Handel und Produktion zwischen den Sektoren zu einem *Stadt-Land-Cleavage*, der die Genese wirtschaftsliberaler Parteien – in Opposition zu Konservativen und Bauernparteien – zur Folge hatte (ebd.: 101, 105). Als vierter Cleavage lässt sich der Klassenkonflikt zwischen *Arbeit* und *Kapital* ausmachen, der Ende des 19. Jahrhunderts einsetzte. Die entgegengesetzten Interessen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern führten in nahezu allen westeuropäischen Staaten zur Ausbildung von Gewerkschaften und sozialistischen Parteien (ebd.: 108).

Franklin et al. (1992: 383 ff.) diagnostizieren anhand einer länderübergreifenden Längsschnittstudie, dass der Zusammenhang zwischen sozialen Spaltungen und Parteibindungen am Ende des 20. Jahrhunderts geringer wird. Sie gehen davon aus, dass bei Wahlentscheidungen nicht mehr dauerhafte Konflikte und respektive die individuelle Zugehörigkeit zu einer Konfliktseite der ausschlaggebende Punkt sind, sondern dass erstens *Issue-Voting* und zweitens persönliche Erwägungen wie die Präferenz bestimmter Parteipersonalien eine zunehmende Rolle spielen. Die Destrukturierungs-These hat weitreichende Konsequenzen für die Funktion einer Partei. Wenn es nicht mehr darum geht, langfristige Konflikte zu artikulieren und zu integrieren, können Parteien einzelne Themen je nach Popularität flexibel zur Stimmenmaximierung nutzen.

Die Ergebnisse von Kriesi et al. (2008, 2012) tragen einschneidend zur Debatte um die Strukturierung von Parteiensystemen bei: Sie setzen der Destrukturierungs-These neue Evidenz für eine Restrukturierung entgegen, indem sie zeigen, dass die Globalisierung von einer sozioökonomischen Spaltung zwischen Verlierern und Gewinnern begleitet wird, die sich erfolgreich in Parteiensysteme übersetzen lässt.

Des Weiteren spricht die Forschungsarbeit von Kriesi et al. (2008, 2012) dagegen, dass politische Systeme in Westeuropa nach wie vor durch den starren Links-Rechts-Kontrast der Industriegesellschaften des 20. Jahrhunderts strukturiert werden.

Die Modellierung von Parteiensystemen in einem zweidimensionalen Raum, in dem sich alle politischen Konflikte darstellen lassen, geht ebenfalls auf Lipset/Rokkan zurück. Sie unterscheiden zwischen einer territorialen Achse und einer funktionalen Achse (Lipset/Rokkan 1990: 95). Die territoriale Achse bildet Konflikte um die territoriale Verteilung und Organisation sozialer Gruppen ab – so die folgenreiche Frage, ob Territorium und Nation deckungsgleich sein sollen oder ob sich verschiedene ethnische Gruppen gemeinsam innerhalb eines politischen Staatsgebildes organisieren sollen. Die funktionale Achse bildet Ressourcenkonflikte ab.

Laut Caramani (2004: 289 ff.) hat die territoriale Dimension heute kaum noch strukturierende Kraft, da die Frage nach dem Level der politischen Organisation entlang kultureller Einheiten seit der stabilen Aufteilung in Nationalstaaten nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr umstritten ist. Die Parteiensysteme des ausgehenden 20. Jahrhunderts seien deshalb hauptsächlich durch einen funktionalen Links-Rechts-Konflikt strukturiert, während kulturelle Erwägungen abnehmen. Die Globalisierung wirkt dieser Entwicklung jedoch entgegen. Insbesondere die Konflikte um Immigration und europäische Integration generieren neue kulturelle und territoriale Konflikte, die – mobilisiert durch rechtspopulistische Parteien – Eingang in westeuropäische Parteiensysteme finden.

## 3.2 Implikationen für das Verständnis von rechtspopulistischen Positionierungs- und Framing-Strategien im Parteienwettbewerb

### 3.2.1 Demarkation als gemeinsames Merkmal einer homogenen rechtspopulistischen Parteienfamilie

Ziel dieser Arbeit ist es, das wissenschaftliche Verständnis über das ideologische Angebot und die strategische Mobilisierung von Rechtspopulisten zu vertiefen, für die sich angesichts aktueller Globalisierungsdebatten ein *opportunity window* ergibt. Kriesi et al. (2008, 2012) liefern hierzu einen zentralen Anknüpfungspunkt, indem sie herausarbeiten, dass die rechtspopulistische Parteienfamilie sich tendenziell abgrenzend zu den drei Globalisierungskonflikten um Immigration, europäische Integration und Wirtschaftsliberalisierung verhält. Primäres Forschungsinteresse von Kriesi et al. (2008, 2012) ist jedoch nicht die rechtspopulistische Parteienfamilie, sondern die Transformation von Parteiensystemen als Ganzes infolge des Integrations-Demarkations-Cleavages.

Es bleibt also zu untersuchen, ob sich der Demarkationsgrad bei den drei Debatten zwischen den rechtspopulistischen Parteien verschiedener westeuropäischer Ländern unterscheidet, oder ob Rechtspopulisten eine homogene globalisierungskritische Parteienfamilie darstellen. Von besonderem Interesse ist hierbei, inwiefern Varianz bei Positionen zum Thema Wirtschaftsliberalisierung existiert, da die Befunde hierzu in der Literatur stark divergieren (v. a. zwischen Kitschelt/McGann 1995, 2005 und Mudde 2007). Aus der Erkenntnis über das soziostrukturelle Potential des Globalisierungs-Cleavages ergibt sich die Implikation, dass eine Abgrenzung auf der ökonomischen Dimension für Rechtspopulisten wahlstrategisch attraktiver ist als ein liberales Wirtschaftsprogramm. Wohlfahrtschauvinismus wäre demnach die neue Erfolgsformel, die die alte Erfolgsformel aus *kulturell rechten* und *ökonomisch rechten* Positionen ablöst. Aus diesen Erwägungen ergibt sich für die Analyse folgende These:

*T 1: Rechtspopulistische Parteien westeuropäischer Länder bilden eine homogene Parteienfamilie, indem sie sich abgrenzend zu den Themen Immigration, europäische Integration und Wirtschaftsliberalisierung verhalten.*

### 3.2.2 Dominanz kultureller Rechtfertigungs-Frames

Bornschieer (2010: 7) stellt fest, dass der elektorale Erfolg von Rechtspopulisten maßgeblich davon abhängt, dass die kulturelle Dimension im Wählerauge relevanter ist als die ökonomische. Lachat/Dolezal (2008: 247) demonstrieren, dass die Gruppe der Globalisierungsverlierer – soziostrukturell durch niedrige Bildung und geringqualifizierte Beschäftigung geprägt – bei den kulturellen Themen Immigration und europäische Integration stärker polarisiert als bei ökonomischen Themen.

Diese Ergebnisse implizieren – unter der Prämisse, dass sich das Angebot an der Nachfrage orientiert –, dass Rechtspopulisten, die im Parteienwettbewerb (erfolgreich) um die Gruppe der Globalisierungsverlierer werben, in ihrem programmatischen Angebot kulturellen Themen mehr Salienz einräumen und stärker polarisieren, d. h. eindeutigere Positionen in Richtung Demarkation beziehen, als bei ökonomischen Themen. Darüber hinaus ergibt sich die Annahme, dass kulturelle Frames in den Programmen überwiegen, dass also sogar Positionen zu Globalisierungsthemen, die analytisch auf der ökonomischen Dimension verortet werden, kulturell begründet werden. Aus diesen Überlegungen lassen sich folgende Thesen formulieren:

*T 2.1: Rechtspopulistische Parteien polarisieren auf der kulturellen Dimension (Immigration und europäische Integration) stärker als auf der ökonomischen Dimension (Wirtschaftsliberalisierung).*

*T 2.2: Bei der Rechtfertigung globalisierungskritischer Positionen überwiegen kulturelle Frames ökonomische Frames.*

## 4 Forschungsdesign

### 4.1 Fallauswahl

Für die Analyse sollen Parteien herangezogen werden, die von der Literatur als rechtspopulistisch identifiziert werden und die in den letzten Wahlen Erfolge verzeichnet haben. Dies gilt für den französischen *Front National* (FN), für die *Freiheitliche Partei Österreichs* (FPÖ), für die *Schweizerische Volkspartei* (SVP) sowie für die *Alternative für Deutschland* (AfD) (Bornschiefer 2010: 1, Berbuir et al. 2015: 154 ff.). Der FN erreichte bei der Parlamentswahl 2012 13,6% der Stimmen (Zuwachs um 9,3 Prozentpunkte gegenüber 2007), die FPÖ kam bei der Nationalratswahl 2013 auf 20,5% (Zuwachs um 3 Prozentpunkte gegenüber 2008), die SVP erlangte bei der Parlamentswahl 2015 29,4% (Zuwachs um 2,8 Prozentpunkte gegenüber 2011) und die AfD erreichte 2013 bei der ersten Bundestagswahl, bei der sie antrat 4,7%. Seitdem verzeichnete sie Erfolge in verschiedenen Landtagswahlen und zog als Opposition in zehn Landesparlamente ein. 2016 erzielte sie in Rheinland-Pfalz 12,6%, in Berlin 14,2%, in Baden-Württemberg 15,1%, in Mecklenburg-Vorpommern 20,8% und in Sachsen-Anhalt 24,3%.

Ein weiteres Kriterium für die Fallauswahl stellt die Vergleichbarkeit der wirtschaftlichen Situation in den Ländern dar. Alle Länder sind stabile und wohlhabende Demokratien. Sie besitzen einen ausgebauten Wohlfahrtsstaat, eine Arbeitslosenquote von unter zehn Prozent, eine lange Freihandelstradition, eine Netto-Zuwanderung und gehören – mit Ausnahme der Schweiz – zu den EU-Geberländern.

### 4.2 Parteiprogramme als Datenquelle

Der große Vorteil von Parteiprogrammen als Datengrundlage ist, dass sie repräsentativ für die gesamte Partei sind. Wie Volkens/Wüst (2003: 2) bemerken, werden Programme in der Regel auf Parteitagen ratifiziert und spiegeln deshalb nicht nur die Haltung einzelner Politiker oder Gruppierungen innerhalb der Partei wider. Es ist davon auszugehen, dass in Programmen deklarierte Positionen verbindlich sind. Wie Robertson (1976: 72) in seiner Abhandlung über den Parteienwettbewerb schreibt, sind Parteiprogramme die Basis, auf der die Äußerungen von Politikern während Wahlkämpfen aufbauen.

Kitschelt (2007: 1180) sieht die Auswertung von Parteiprogrammen kritisch und nimmt an, dass Parteien Positionen, die innerhalb ihrer Wählerschaft umstritten sind, absichtlich nicht

ins Programm aufnehmen. Aufgrund der so entstehenden *Missing Values* seien Parteiprogramme keine vollständige Abbildung der Parteipositionen. Kitschelt (ebd.: 1181) hält deshalb die Auswertung von Zeitungsartikeln – wie von Kriesi et al. (2008, 2012) vorgenommen – für vielversprechender. Ein elementarer Vorzug der Medieninhaltsanalyse zur Erschließung von Parteipositionen ist sicherlich die schiere Größe des Datenpools. Das Volumen der täglichen und wöchentlichen medialen Publikationen über Parteiakteure und deren Äußerungen übersteigt den begrenzten Umfang von Parteiprogrammen, die meist im Abstand von mehreren Jahren herausgegeben werden.

Jedoch unterliegt auch die Medieninhaltsanalyse dem ein oder anderen *Bias*, der zum Fallstrick für die Repräsentativität der Ergebnisse werden kann – und zwar gerade bei der Analyse von Parteipositionen. Die Größe des Datenpools zwingt den Forscher dazu, bestimmte Medien auszuwählen. Kriesi et al. (2008, 2012) wählen für jedes Land eine Boulevardzeitung und eine Qualitätszeitung aus, in deren Artikel sie dann Äußerungen von Politikern codieren (Dolezal 2008: 69). Hierbei berücksichtigen sie nicht, dass Zeitungen politisch gefärbt sind und die Inhalte journalistischen Filtern unterliegen. Manche Parteien finden weniger Gehör als andere und oft werden bestimmte Politiker häufiger zitiert als andere. Dies gilt insbesondere für rechtspopulistische Parteien, deren medienkritische Haltung als Teil ihrer Elitenablehnung nicht unbedingt dazu führt, dass Journalisten ihrerseits immer neutral Bericht erstatten.

Mit dem Ziel, repräsentative Parteipositionen zu erheben, sind Parteiprogramme deshalb die geeignetere Datengrundlage für die vorliegende Arbeit.

Da zeitliche Varianz im Rahmen dieser Analyse nicht untersucht wird, wurden lediglich die jeweils aktuellsten Parteiprogramme ausgewählt (AfD 2016; FPÖ 2013; FN 2012; SVP 2015). Die Programme werden von den Parteien selbst unterschiedlich bezeichnet (*Grundsatzprogramm* der AfD, *Handbuch freiheitlicher Politik* der FPÖ, *Programme politique* des FN und *Parteiprogramm* der SVP), ähneln sich aber sehr in Aufbau und Umfang.

### 4.3 Inhaltsanalyse als Methode

Die Inhaltsanalyse bietet einen passenden methodischen Rahmen, um Positionen von Akteuren zu verschiedenen Themenkategorien zu analysieren. An dieser Stelle soll knapp skizziert werden, welche Kriterien die Inhaltsanalyse als empirische Methode ausmachen und dargelegt werden, dass die Stärke dieser Methode in der Verbindung von qualitativen und quantitativen Elementen liegt.

Früh (2007: 28) definiert die Inhaltsanalyse als eine „empirische Methode zur systematischen, intersubjektiv nachvollziehbaren Beschreibung inhaltlicher und formaler Merkmale von Mitteilungen, meist mit dem Ziel einer darauf gestützten interpretativen Inferenz auf mitteilungsexterne Sachverhalte“. Die intersubjektive Nachvollziehbarkeit ist ein zentrales Gütekriterium der Inhaltsanalyse, die den Beschreibungsprozess wissenschaftlich rekonstruierbar und damit reproduzierbar macht. Weil bei diesem Prozess vorab Merkmale definiert werden, deren Ausprägungen im Mitteilungsmaterial untersucht werden sollen, kann man von einer Messung sprechen (Mayring 2015: 18). Um eine Messung vornehmen zu können und dem Kriterium der intersubjektiven Nachvollziehbarkeit gerecht zu werden, ist ein Kategoriensystem mit disjunkten Kategorien sowie genau spezifizierten Codier-Regeln notwendig.

Die Frage, ob die Inhaltsanalyse zu den quantitativen oder zu den qualitativen Methoden gehört, wird in der Literatur kontrovers diskutiert (Früh 2007: 67 ff.). Mayring (2015: 18 f.) unterscheidet diesbezüglich zwischen den verschiedenen Skalenniveaus einer Messung. Alle Analysen, die auf nominal skalierten Messungen beruhen, gelten demnach als qualitative Analysen, während ordinal-, intervall- oder ratio-skalierte Messungen quantitative Analysen sind. An dieser Unterscheidung übt Früh (2007: 68) Kritik, indem er darauf hinweist, dass nominal skalierte Daten automatisch zu ratio-skalierten – also quantitativen – Daten mutieren, sobald man ihre Häufigkeiten auszählt.

Ein Blick in die Literatur zeigt, dass qualitative und quantitative Methodik im Fall der Inhaltsanalyse nicht klar voneinander zu trennen sind. Vielmehr vereint sie beide Logiken miteinander: Auf den qualitativen klassifikatorischen Schritt der Kategorienfindung folgt der quantitative Schritt der Häufigkeitsauszählung, der die verschiedenen Merkmalsausprägungen zueinander ins Verhältnis setzt. Deshalb wird die Inhaltsanalyse teilweise auch als Mixed-Methods-Methode bezeichnet (Mayring 2015: 17).

Die Inhaltsanalyse, die im Zuge dieser Arbeit durchgeführt wird, setzt sich aus zwei Teilen zusammen: einer Issue-Position-Codierung und einer Frame-Analyse. In beiden Teilen wird quantifizierend vorgegangen, da sowohl für die Bestimmung von Issue-Salienen und Positionen als auch für die Erfassung dominierender Frames Häufigkeiten ausgezählt und zueinander ins Verhältnis gesetzt werden müssen. Die Salienztheorie räumt der Erfassung von Issue-Salienen einen analytischen Mehrwert ein, da sie davon ausgeht, dass Parteistrategen ein Set bestimmter Themen zu ihren Themen machen (*issue ownership*) und anschließend

versuchen, durch ihre ständige Wiederholung und Betonung die Relevanz dieser Themen im Wählerauge zu erhöhen (Budge 2001: 75 ff.).

## 4.4 Operationalisierung

### 4.4.1 Bildung des Kategoriensystems

Das Herzstück der Inhaltsanalyse ist ein valides Kategoriensystem. Jede der interessierenden Hauptkategorien muss in disjunkte Subkategorien (Issues) unterteilt werden, die ihrerseits anhand von Sub-Issues genau vordefiniert werden müssen. Sobald sich der Bedeutungsgehalt zweier Issues überschneidet, ist das Kategoriensystem nicht mehr trennscharf, was die Aussagekraft der Ergebnisse stark beeinträchtigt (Früh 2007: 87). Gleichzeitig steigt mit der Komplexität eines Kategoriensystems auch dessen Störanfälligkeit (ebd.: 86). Es sollte deswegen nur so weit ausdifferenziert sein, wie es die Forschungsfrage auch wirklich erfordert.

Die Hauptkategorien ergeben sich aus den theoretischen Überlegungen, die der Analyse vorangehen. Bei der Bildung der Subkategorien (Issues) lohnt es sich, zusätzlich empiriegeleitet vorzugehen und am Textmaterial zu prüfen, wie die Issues am besten definiert werden (ebd.: 101).

Da die vorliegende Arbeit parteipolitische Positionen zu den Globalisierungsdebatten um Immigration, um europäische Integration und um Wirtschaftsliberalisierung erheben möchte, bilden diese drei Themen die Hauptkategorien. Sie werden ihrerseits kategorisiert, so dass insgesamt zehn Subkategorien entstehen. Die Definition der Subkategorien orientiert sich dabei an der von Höglinger et al. (2012: 233 ff.) im Rahmen des Forschungsprojekts von Kriesi et al. (2012) vorgenommenen Unterteilung der Debatten, ist aber nicht identisch. Test-Codierungen haben gezeigt, dass sich der Inhalt der Parteiprogramme besser und trennschärfer fassen lässt, wenn das Kategoriensystem um bestimmte Aspekte modifiziert wird. Die Bezeichnungen der Subkategorien sind jeweils so gewählt, dass in der Issue-Position-Codierung Äußerungen, die den thematischen Inhalt des Titels befürworten, mit +1 (Integration) und ablehnende Äußerungen mit -1 (Demarkation) codiert werden können.

#### Issues der Hauptkategorie Immigration

Die Hauptkategorie Immigration besteht aus den drei Subkategorien *Einwanderung*, *Integration* und *Asylsystem*, da dies elementare Bestandteile von Immigrationspolitik sind.

Die Subkategorie Einwanderung erfasst alle Statements, die sich mit der Frage beschäftigen, wer von außen ins Land kommen dürfen soll. Dazu gehört die Frage nach der Kontrolle territorialer Grenzen, also wie schwierig oder leicht der physische Zugang für Zuwanderer sein soll, sowie Äußerungen über die Folgen von offenen Grenzen. Auch generelle Äußerungen zu Kosten und Nutzen von Zuwanderung fallen unter dieses Issue, genau wie Aussagen über Ausländeranteile. Statements zu Arbeitsmigration und EU-Freizügigkeit gehören ebenfalls zu diesem Issue. Explizit aus dieser Subkategorie ausgeschlossen ist die Frage nach Asylmigration – sobald die Worte *Asyl* oder *Flüchtlinge* auftauchen, wird die Subkategorie Asylsystem codiert.

Integration meint als Subkategorie alle Aussagen über die Rechte und Pflichten von Zuwanderern, also was von einem Migranten erwartet wird, sobald er sich im betreffenden Land befindet<sup>2</sup>. Die Betonung von Rechten wird mit +1 (Integration) codiert und die Betonung von Pflichten mit -1 (Demarkation). Hierzu gehört insbesondere die Frage, ob Integration die Aufgabe des Zuwanderers ist und inwiefern integrationsfördernde Maßnahmen von der Gesellschaft getragen werden sollten. Auch die Frage, in welchen Bereichen – beispielsweise Arbeitsmarktzugang, Strafverfolgung oder Sozialsystem – ein Zuwanderer dieselben Rechte wie die nationale Bevölkerung genießen sollte, fällt unter diese Subkategorie. Äußerungen über die Einbürgerung zugewanderter Personen erhalten ebenfalls den Issue-Code für Integration.<sup>3</sup>

Das Issue Asylsystem enthält alle Statements bezüglich der Frage, wer im betreffenden Land Schutz genießen darf und welche Maßnahmen Asylschutz beinhalten soll. Neben allgemeinen Äußerungen über humanitäre Verantwortung, Kosten und Nutzen des Asylsystems oder Missbrauchspotentiale gehören auch Sätze über Unterbringung und Grundsicherung von Asylbewerbern zu dieser Subkategorie. Ebenfalls erfasst werden Forderungen nach konsequenten Abschiebungen von abgelehnten Asylbewerbern.

Die vorgenommene Subkategorisierung des Themas Immigration unterscheidet sich in zwei Punkten von derjenigen bei Höglinger et al. (2012: 233 f.): Erstens wird das Issue Asylsystem hinzugenommen, auf das Höglinger et al. verzichten. Aus Gründen der Vollständigkeit muss die Debatte um das Thema Asyl berücksichtigt werden, wenn man Globalisierungskonflikte

---

<sup>3</sup> Auch hier gilt die Grundregel, dass ein Quasi-Satz, der den Begriff *Asyl* enthält, aus der Subkategorie Integration ausgeschlossen wird.

untersuchen möchte, da viele Wanderungsbewegungen durch internationale Wirtschaftsstrukturen oder international induzierte Konflikte ausgelöst und durch globale Kommunikationswege katalysiert werden. Zweitens wird davon abgesehen, eine Subkategorie zu integrieren, die die Frage erfasst, wie mit Fremdenfeindlichkeit umgegangen wird. Höglinger et al. (2012: 233) möchten mit diesem Issue Äußerungen über Reaktionen der Bürger auf Immigration – wie Diskriminierung oder rassistische Handlungen – berücksichtigen. Test-Codierungen am Untersuchungsmaterial haben jedoch gezeigt, dass ein solcher Code bei den rechtspopulistischen Parteiprogrammen keine Anwendung findet – das Thema Xenophobie scheint eher Inhalt medialer Auseinandersetzungen zu sein als von rechtspopulistischen Manifesten.

#### Issues der Hauptkategorie europäische Integration

Die Debatte um den europäischen Integrationsprozess wird in vier Subkategorien untergliedert: *Euro*, *EU-Erweiterung*, *EU-Vertiefung* und *EU-Solidarität*.

Das Issue Euro meint alle Aussagen über die Einheitswährung und deren Rettung sowie Forderungen nach einem Austritt aus der Währungsunion.

Unter dem Issue EU-Erweiterung werden Statements über die Verlagerung der EU-Außengrenzen erfasst, also über Beitritte und Austritte. Auch eventuelle Äußerungen über einen Austritt des eigenen Landes aus der EU fallen in diese Subkategorie.

Die Subkategorie EU-Vertiefung bündelt Quasi-Sätze zu der Frage, ob und welche Policy-Bereiche zusätzlich integriert werden sollen beziehungsweise ob bestimmte Bereiche wieder desintegriert werden sollen. Hierzu gehört Kritik an den einzelnen EU-Institutionen und deren Befugnissen sowie Forderungen nach Kompetenzrückgaben an die Mitgliedstaaten oder Reformen der institutionellen Architektur. Ferner wird das Eintreten für eine Stärkung nationaler Souveränität im europäischen Kontext unter diesem Issue gelistet.

Das Issue EU-Solidarität erfasst die Frage, wie weit die finanzielle Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten gehen soll. Hierunter fallen Statements zu EU-Steuern, zu Ausgleichszahlungen für strukturschwache Regionen wie Agrarprogramme oder zur Haftung für andere Volkswirtschaften, solange es nicht explizit um den Euro geht.

Die Aufteilung der Subkategorien zur europäischen Integration unterscheidet sich in mehrerlei Hinsicht von der Aufteilung bei Höglinger et al. (2012: 235 f.). Erstens fassen Höglinger et al. den Euro gemeinsam mit freiem Güter-, Dienstleistungs-, Kapital- und Personverkehr zu einer

Subkategorie *Neoliberale EU* zusammen. Von einer solchen Subkategorie wird im vorliegenden Fall abgesehen, da die Personenfreizügigkeit auch ein Subissue des Issues Einwanderung ist und die anderen drei Freiheiten Gegenstand des Issues internationale Liberalisierung sind. Neoliberale EU würde sich als Issue also nicht trennscharf von den anderen Issues unterscheiden. Ein weiterer Unterschied besteht darin, dass Höglinger et al. anstatt *EU-Solidarität* eine Subkategorie *Sozialer Markt EU* bilden, zu der sie neben Ausgleichszahlungen auch gemeinsame Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit, Steuerregelungen und Marktregulierung zählen. Eine solche Subkategorie würde sich jedoch einerseits mit der Subkategorie EU-Vertiefung und andererseits mit dem Issue internationale Liberalisierung überschneiden.

### Issues der Hauptkategorie Wirtschaftsliberalisierung

Wirtschaftsliberalisierung lässt sich für den Zweck dieser Arbeit in drei thematische Subkategorien aufteilen: *internationale Liberalisierung*, *innerstaatliche Liberalisierung* und *Wohlfahrtsstaatabbau*.

Statements, die sich auf die Frage beziehen, ob Wirtschaft frei über nationale Grenzen hinweg betrieben werden sollte, werden unter dem Issue internationale Liberalisierung zusammengefasst. Dazu zählen die Themen Zollabbau, Protektion heimischer Produkte, Standortauslagerungen sowie die Verteidigung nationaler Standards, aber auch allgemeine Äußerungen über Wohlfahrtsgewinne durch Freihandel oder über Risiken durch internationalen Wettbewerbsdruck.

Innerstaatliche Liberalisierung erfasst Aussagen über die Kompetenzverteilung zwischen Markt und Staat. Darunter fallen beispielsweise Forderungen nach Privatisierung, Deregulierung, Subventionsabbau oder einem *schlanken Staat*. Pauschale Forderungen nach Steuersenkungen werden ausgeschlossen, da – wie Mudde (2007: 128) bemerkt – solche Forderungen in jedem oppositionellen Parteiprogramm vorkommen und wenig Aussagekraft für das sozioökonomische Profil einer Partei besitzen. Die politische Auseinandersetzung über innerstaatliche Liberalisierung ist zwar per se keine Globalisierungsdebatte. Wenn man sie aber als Konflikt über die Anpassung der nationalen Wirtschaftsstruktur an einen globalen neoliberalen Konsens und dementsprechende Wettbewerbsstrukturen versteht, hängt sie sehr wohl mit der Globalisierung zusammen.

Zusätzlich wird eine Subkategorie für Äußerungen über die Rolle des Wohlfahrtsstaates gebildet. Eine solche Subkategorie existiert bei Höglinger et al. (2012: 234 f.) nicht. Dieses Issue soll Sätze über staatliche Grundsicherung wie Krankenversicherung, Rentensystem und Arbeitslosigkeitsversicherung registrieren. Aussagen über Kosten und Nutzen eines ausgebauten Sozialsystems gehören ebenso dazu wie explizite Statements zur Umverteilung. Obwohl sich die Debatte um Wohlfahrtsstaatlichkeit kaum in den Globalisierungskontext einordnen lässt, muss sie in dieser Arbeit unbedingt berücksichtigt werden, da sie für Erkenntnisse über das Phänomen Wohlfahrtschauvinismus zentral ist.

#### 4.4.2 Issue-Position-Codierung

Der Core-Sentence-Approach, den Kriesi et al. (2008, 2012) verwenden, ist für die vorliegende Arbeit nicht geeignet. Dieser Ansatz bietet sich bei der Analyse journalistischer Dokumente an, da er auf Beziehungen zwischen zwei Objekten abzielt. Bei der Medienanalyse von Kriesi et al. wird pro Äußerung immer ein Akteur und ein Issue vercodet, um dann Aufschluss über die aggregierte Position der Akteure einer Partei zu einem Thema zu erlangen (Dolezal et al. 2012: 41). Bei Positionsbekundungen in Parteiprogrammen steht die publizierende Partei als korrespondierender Akteur jedoch *ex ante* fest, so dass kein Codier-Aufwand betrieben werden muss, um den Akteur zu identifizieren.

Besser geeignet für das Vorhaben der vorliegenden Arbeit ist eine Issue-Position-Codierung. Bei diesem Messvorgang wird pro Codier-Einheit ein Issue-Code für den Inhalt der Äußerung gesetzt sowie ein zusätzlicher Code für die Richtung der Äußerung zur Positionsbestimmung. Die Salienz jedes Issues lässt sich dann aus der Summe seines Auftretens ablesen. Die Position zu den einzelnen Issues wird berechnet, indem man den arithmetischen Mittelwert der Richtungs-Codes bildet. Die hier verwendete Vorgehensweise ähnelt dem Codier-Vorgang des *Comparative Manifesto Projects* (CMP, Volkens/Wüst 2003: 4 ff.), unterscheidet sich jedoch dahingehend, dass das CMP die Positionsrichtung in den Issue-Code integriert, also pro Issue jeweils einen Code für positive Äußerungen und einen für negative Äußerungen bildet (ebd.: 7).

#### Extraktion der Codier-Einheiten

Die Codiereinheit ist in diesem Fall der Quasi-Satz. Die Zerlegung von Sätzen in Quasi-Sätze erfolgt nach den Codierregeln von Volkens/Wüst (2003: 4). Diese Vorgehensweise ist nicht unproblematisch, da ein Quasi-Satz manchmal sehr kurz – wenn Aussagen zu verschiedenen

Issues durch Kommata getrennt werden – oder sehr lang sein kann – wenn eine Aussage mit Nebensätzen und Präpositionen nur ein bestimmtes Issue zum Inhalt hat (ebd.: 5). Ein Satz, der verschiedene Aspekte aneinanderreicht, die alle auf dieselbe Issue-Kategorie bezogen sind, gilt also als ein einziger Quasi-Satz. Wenn ein Satz aus zwei Halbsätzen besteht, von denen einer eine eindeutig positive und einer eine eindeutig negative Äußerung zum selben Issue darstellt, ist dieser Satz in zwei Quasi-Sätze zu zerteilen. Nicht berücksichtigt werden Überschriften, Grafiken, Vorworte, Anhänge sowie Äußerungen Dritter, die im Parteiprogramm direkt zitiert werden (ebd.: 5).

Es findet keine Vollerhebung der Programme statt, sondern eine Teilerhebung derjenigen Kapitel, die relevant für die interessierenden drei Themenfelder sind. Dazu wird jeder Absatz gezielt nach den Issue-Kategorien durchsucht und, falls er ein oder mehrere der Issue-Kategorien beinhaltet, in Quasi-Sätze zerlegt und in einen Datensatz übertragen, in dem dann die Codierung vorgenommen wird. Wichtig ist, dass keine einzelnen Sätze extrahiert werden, sondern immer zusammenhängende Absätze. Ein Absatz wird dann aus der Analyse ausgeschlossen, wenn er keine einzige der Issue-Kategorien beinhaltet. Sätze, die zwar selbst keine Issue-Kategorie beinhalten, aber in einem Absatz stehen, der sich mit einer Issue-Kategorie beschäftigt, werden in den Datensatz transportiert – sie spielen für die quantifizierende Issue-Position-Codierung später keine Rolle, da sie schlichtweg nicht codiert werden können. Ihre Übertragung in den Datensatz ist aber wichtig, um keine Zusammenhänge auseinanderzureißen – denn diese Zusammenhänge sind für den zweiten Schritt, die Framing-Analyse, essentiell. Es gilt also: Sobald ein Absatz einen Quasi-Satz mit Bezug zu einer Issue-Kategorie enthält, wird er in den Datensatz übertragen.

### Codier-Vorgang

Jeder Quasi-Satz erhält genau einen Issue-Code für die Subkategorie, in die sein Inhalt fällt. Wenn das Issue identifiziert und der Code gesetzt ist, wird ein numerischer Code vergeben, der die Position – Demarkation oder Integration – widerspiegelt, die der Quasi-Satz zum betreffenden Thema transportiert. Dieser numerische Code kann drei Ausprägungen haben: -1, 0 oder 1. Eine negative Aussage wird mit -1 (Demarkation) codiert, eine positive mit 1 (Integration) und eine Aussage, die keine eindeutig positive oder negative Position widerspiegelt, sondern das Issue lediglich erwähnt, erhält eine 0. Die Quasi-Sätze, die eine 0 erhalten, werden dann aus der Positionsberechnung ausgeschlossen, tauchen aber in der

Salienzauswertung auf. Eine 0 steht also nicht für eine neutrale Haltung, sondern für einen *missing value*. Diese Systematik hat sich bei einer Probe-Codierung bewährt, die bestätigt hat, dass in den vorliegenden Parteiprogrammen keine Quasi-Sätze enthalten sind, die eine „neutrale Haltung“ enthalten, sondern allein solche, die eine positive, eine negative oder keine Haltung enthalten. Neutrale Haltungen sind lediglich in aus mehreren Quasi-Sätzen bestehenden Passagen beobachtbar, wo auf eine negative Äußerung eine positive folgt oder andersherum – wo sich positive und negative Aussagen gegenseitig relativieren. Diese Fälle müssen jedoch nicht weiter berücksichtigt werden, da sie ohnehin in der Positionskalkulation – eine einfache arithmetische Mittelwertbildung – miteinander verrechnet werden.

Die Überlegung, eine genauere Messskala anzulegen – beispielsweise die Positionsausprägungen um die Werte 0,5 für tendenziell positive Aussagen und -0,5 für tendenziell negative Aussagen zu ergänzen – wurde aus Gründen der Inter-Coder-Reliabilität verworfen. Die Entscheidung, ob eine Äußerung negativ oder tendenziell negativ ist, wäre nicht intersubjektiv nachvollziehbar und würde die Reliabilität des Messinstruments verschlechtern.

#### 4.4.3 Frame-Analyse

Im zweiten Teil der Inhaltsanalyse wird der semantische Inhalt der bereits codierten Programmabschnitte erneut untersucht, um Aufschluss über die Argumente zu erhalten, mit denen Positionen zu den Issues gerechtfertigt werden.

Hierzu sind auch Sätze relevant, die selbst keinem Issue-Code zugeordnet wurden, sich aber vor oder nach einem codierten Quasi-Satz befinden und im Kontext zu diesem stehen. Denn die Gründe für eine bestimmte Position werden oft im vorherigen oder darauffolgenden Satz dargelegt. Wenn zu einem bestimmten Issue ein Problem definiert, eine Kausalbeziehung hergestellt, ein moralisches Urteil gefällt oder eine Lösung vorgeschlagen wird, trägt dies laut Entmann (1993: 51) zum Framing des Issues bei.

Um eine Typologie von ökonomischen und kulturellen Frames zu erstellen, wird grob an die Unterscheidung von Höglinger et al. (2012: 238) angeknüpft, wobei die Begriffsgehalte abermals etwas anders ausdifferenziert und utilitaristische Frames jenseits ökonomischer Erwägungen ausgeschlossen werden.

Wie in Tabelle 4.1 dargestellt, werden kulturelle Frames in drei Typen unterschieden: In einen *Nationalismus-Frame*, einen *Multikulturalismus-Frame* und einen *Demokratie-Frame*. Wenn

eine Argumentation nationale Traditionen, die nationale Identität, die nationale Kultur oder die nationale Souveränität zur Positions begründung anführt, wird der *Nationalismus-Frame* codiert. Ein Rechtfertigungsframe wird als *Multikulturalismus-Frame* identifiziert, wenn die Rechtfertigung einer Position unter der Berufung auf Pluralismus, Universalismus oder Diversität erfolgt. Mit dem *Demokratie-Frame* werden Argumente codiert, die auf die demokratische Legitimation einer Policy oder einer Institution abzielen.

Die ökonomischen Frames führen entweder soziale Sicherheit oder wirtschaftlichen Nutzen als Rechtfertigungsgrund an. Der *Soziale-Sicherheit-Frame* beinhaltet Argumente, die mit sozialen Abstiegsängsten in Verbindung stehen, beispielsweise mit Arbeitslosigkeit, Lohnverfall oder der Endlichkeit sozialer Sicherungssysteme. Wenn eine Position mit dem Hinweis auf volkswirtschaftliche Kosten oder Nutzen vertreten wird, fällt dies unter den *Wirtschaftlicher-Nutzen-Frame*. Wenn etwa Immigration befürwortet wird, weil in einem bestimmten Sektor händeringend nach Arbeitskräften gesucht wird, wird dieser Frame codiert.

Es sind neben kulturellen und ökonomischen auch andere Rechtfertigungsframes denkbar, wie beispielsweise innere Sicherheit, politische Effizienz oder weitere utilitaristische Frames. Da für die Fragestellung der vorliegenden Arbeit jedoch nur das Auftreten kultureller und ökonomische Frames relevant ist, wird auf die Erhebung anderer Argumente verzichtet.

Anders als bei der Issue-Position-Codierung kann bei der Frame-Analyse ein Quasi-Satz mit mehreren Frames codiert werden, wenn er mehrere Argumente zu einer Issue-Position enthält.

Art des Frames	Code	Spezifischer Frame	Begriffsgehalt
Kulturell	A1	Nationalismus	nationale Tradition, Identität, Souveränität
	A2	Multikulturalismus	Pluralismus, Diversität
	A3	Demokratie	Demokratische Legitimation
Ökonomisch	B1	Soziale Sicherheit	Endlichkeit staatlicher Sicherung, Arbeitslosigkeit, Lohnverfall
	B2	Wirtschaftlicher Nutzen	Wachstum, BIP-Steigerung

Tabelle 4.1: Frame-Typologie

## 5 Empirische Befunde

### 5.1 Ergebnisse der Issue-Position-Codierung

Für die Issue-Position-Codierung lassen sich in den vier Programmen insgesamt 1.414 Quasisätze finden, die mit einem der zehn Issue-Codes (s. Kapitel 4.4) codiert werden können. Die höchste Anzahl an codierbaren Quasisätzen weist mit 498 Codier-Einheiten das Programm der FPÖ auf (s. Tabelle 5.1). Den größten Anteil am gesamten Parteiprogramm nehmen mit 29,7% jedoch die codierten Sätze im Programm der SVP ein. Den geringsten Anteil am Programm besitzen die codierten Themen beim FN, und zwar absolut (259 Quasisätze) sowie relativ (17,5%).

Partei	Veröffentlichung	Zeichenzahl	Codierte Quasisätze	Codierter Programmanteil
<i>AfD</i>	05/2016	~ 175.000	297	21,7%
<i>FPÖ</i>	01/2013	~ 550.000	498	14,2%
<i>FN</i>	06/2012	~ 223.000	259	17,5%
<i>SVP</i>	01/2015	~ 148.000	360	29,7%

Tabelle 5.1: Issue-Position-Codierungen je Parteiprogramm

#### 5.1.1 Salienzen: Debattenschwerpunkte der Parteien

Wie aus Tabelle 5.2 hervorgeht, besitzen die drei Debatten je nach Partei unterschiedliche Salienz. Das Thema Immigration wird bei AfD (46,3%) und bei FPÖ (43,5%) stärker thematisiert als die anderen beiden Hauptkategorien. Für den FN ist Immigration (28,2%) weniger salient als die europäische Integration (34,8%) und Wirtschaftsliberalisierung (37,0%). Die geringste Zahl an Issue-Nennungen (36) war im Programm der SVP zum Thema europäische Integration zu finden. Dies lässt sich damit erklären, dass das Thema aufgrund der Nichtmitgliedschaft in der Europäischen Union weniger stark politisierbar ist als in den Parteiensystemen der Mitgliedsländer.

	Kodierte Aussagen gesamt	davon Aussagen zu Immigration	davon Aussagen zur europäischen Integration	davon Aussagen zu Wirtschafts- liberalisierung
<i>AfD</i>	297	132	79	86
	100%	44,6%	26,7%	28,7%
<i>FPÖ</i>	498	216	173	109
	100%	43,5%	34,6%	21,9%
<i>FN</i>	259	73	90	96
	100%	28,2%	34,8%	37,0%
<i>SVP</i>	360	162	36	162
	100%	45,0%	10,0%	45,0%

Tabelle 5.2: Anteile der Hauptkategorien an den gesamten kodierten Aussagen je Partei

### Issue-Salienenzen in der Kategorie Immigration

Das Thema Immigration wird bei AfD und SVP zu etwa gleichen Teilen durch die drei Subkategorien Einwanderung, Integration und Asyl bestimmt (s. Tabelle 5.2). Für die FPÖ ist das Thema Integration am relevantesten: 50,0% aller Äußerungen drehen sich um die Frage, was von einem Zuwanderer, der in Österreich lebt, erwartet werden sollte und inwiefern sich seine Rechte von denen der Österreicher unterscheiden sollten. Im Programm des FN erhält die Frage nach Vor- und Nachteilen von Zuwanderung die meiste Salienz (56,2%). Das Issue Asyl wird beim FN in nur drei Äußerungen (4,1%) erwähnt. Stattdessen wird von illegaler Zuwanderung gesprochen. Die Nicht-Thematisierung der Asylfrage durch den FN innerhalb des Immigrationskontextes ist insbesondere aus Perspektive der *Framing*-Theorie interessant, die der Herstellung von Salienz, also der Inklusion bestimmter Informationselemente bei Exklusion anderer Informationselemente, eine hohe Bedeutung im politischen Kampf um Deutungshoheiten zuschreibt (Entmann 1993: 52 ff.)

	Immigration gesamt	Aussagen zu Einwanderung	Aussagen zu Integration	Aussagen zu Asyl
<i>AfD</i>	132	43	41	48
	100%	32,6%	31%	36,4%
<i>FPÖ</i>	216	39	108	69
	100%	18,1%	50%	31,9%
<i>FN</i>	73	41	29	3
	100%	56,2%	39,7%	4,1%
<i>SVP</i>	162	54	49	59
	100%	33,3%	30,3%	36,4%

Tabelle 5.3: Anteile der einzelnen Issues an den kodierten Aussagen zu Immigration je Partei

## Issue-Salienzen in der Kategorie europäische Integration

Tabelle 5.4 zeigt, dass Fragen im Zusammenhang mit einer weiteren Vertiefung der europäischen Integration bei allen vier Parteien sehr salient sind. Bei AfD (30,4%), FPÖ (57,6%) und FN (35,6%) geht es hier vor allem um Kritik an bestimmten Institutionen der europäischen Integration und um die Kompetenzverteilung zwischen nationaler und supranationaler Ebene, während bei der SVP (80,5%) Äußerungen über die Anbindung an die EU in bestimmten Bereichen unter dieser Kategorie ins Gewicht fallen. Im Programm der AfD drehen sich 51,9% aller Aussagen zur europäischen Integration um den Euro und seine volkswirtschaftlichen Folgen, die das Gründungsthema der Partei waren. Auch beim FN erfährt die Eurofrage mit 56,6% eine sehr hohe Salienz. Das Thema EU-Beitritte- und Austritte wird am stärksten von FPÖ (16,2%) und SVP (13,9%) thematisiert. Hierbei geht es weniger um die Verschiebung der EU-Außengrenzen generell, sondern mehr um den eigenen Austritt im Fall der FPÖ und um den nicht erwünschten Beitritt der Schweiz im Fall der SVP. Das Thema der finanziellen Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten wird bei AfD (13,9%) und bei FPÖ (12,8%) stärker thematisiert als beim FN (6,7%) und ist für die SVP nicht relevant (2,8%).

	Europäische Integration gesamt	Aussagen zum Euro	Aussagen zu EU-Erweiterung	Aussagen zu EU-Vertiefung	Aussagen zu EU-Solidarität
<i>AfD</i>	79	41	3	24	11
	100%	51,9%	3,8%	30,4%	13,9%
<i>FPÖ</i>	173	24	28	99	22
	100%	13,4%	16,2%	57,6%	12,8%
<i>FN</i>	90	51	1	32	6
	100%	56,6%	1,1%	35,6%	6,7%
<i>SVP</i>	36	1	5	29	1
	100%	2,8%	13,9%	80,5%	2,8%

Tabelle 5.4: Anteile der einzelnen Issues an den kodierten Aussagen zur europäischen Integration je Partei

## Issue-Salienzen in der Kategorie Wirtschaftsliberalisierung

Das Issue internationale Liberalisierung wird am stärksten durch den FN (28,1%) thematisiert (s. Tabelle 5.5). Auch bei AfD (20,0%) und FPÖ (21,1%) ist es salienter als bei der SVP (9,3%). Innerstaatliche Liberalisierung fällt hingegen am stärksten bei der AfD (56,7%) ins Gewicht und am geringsten beim FN (12,5%), während es bei FPÖ mit 38,5% und bei SVP mit 37,7% gleichermaßen relevant ist. Themen im Zusammenhang mit einem Abbau oder Ausbau des Wohlfahrtsstaats erfahren bei der AfD mit 30,6% die geringste Salienz und sind für die anderen drei Parteien wesentlich relevanter: beim FN drehen sich 59,4% aller Aussagen zu

Wirtschaftsliberalisierung um wohlfahrtsstaatliche Leistungen, bei der SVP 50,0% und bei der FPÖ immerhin 40,4%.

	Wirtschafts- liberalisierung gesamt	Aussagen zu internationaler Liberalisierung	Aussagen zu innerstaatlicher Liberalisierung	Aussagen zu Wohlfahrtsstaat- abbau
<i>AfD</i>	86	17	42	27
	100%	20,0%	49,4%	30,6%
<i>FPÖ</i>	109	23	42	44
	100%	21,1%	38,5%	40,4%
<i>FN</i>	96	27	12	57
	100%	28,1%	12,5%	59,4%
<i>SVP</i>	162	15	61	86
	100%	9,3%	37,7%	50,0%

Tabelle 5.5: Anteile der einzelnen Issues an den codierten Aussagen zu Wirtschaftsliberalisierung je Partei

### 5.1.2 Positionen zwischen Integration und Demarkation: Immigration

Die Mittelwertbildung über alle positiven und negativen Äußerungen bestätigt, dass die vier untersuchten Parteien eine abgrenzende Position zum Thema Immigration und den drei Subkategorien beziehen. Blickt man auf die einzelnen Issues, gibt es leichte Unterschiede in der Absolutheit der Demarkation (s. Abbildung 5.1): Die Werte bewegen sich zwischen -0,70 und -1,00. Die größte Einigkeit besteht beim Issue Integration, wo die Werte zwischen -0,97 und -1,00 dicht beieinanderliegen: Alle vier Parteien fordern, die Integrationsleistung in die Verantwortung der Zuwanderer zu legen anstatt ihnen dieselben rechtlichen und materiellen Möglichkeiten wie der nationalen Bevölkerung zu gewähren. Die größte Diskrepanz gibt es beim Issue Einwanderung, da sich die AfD (-0,70) von den anderen drei Parteien (-1,00) dahingehend unterscheidet, dass sie sich positiv zur Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte äußert (Alternative für Deutschland 2016: 62). Der Großteil aller Aussagen zum Issue Einwanderung ist jedoch auch bei der AfD negativ. Die Positionswerte beim Issue Asyl bewegen sich zwischen -0,77 und -1,00. Die Unterschiede ergeben sich hierbei daraus, dass AfD und SVP – anders als FPÖ und FN – ihre Kritik an dem durch Genfer Konvention und Dublin-Abkommen etablierten Asylsystem sowie an großzügigen nationalen Versorgungsleistungen mit pauschalen Äußerungen über humanitäre Verantwortung kombinieren. Auch wenn es in Bezug auf die Salienz der einzelnen Issues länderspezifische Unterschiede gibt, kann man angesichts der Positionierungen von einer homogenen immigrationskritischen Parteifamilie aus AfD, FPÖ, FN und SVP sprechen.

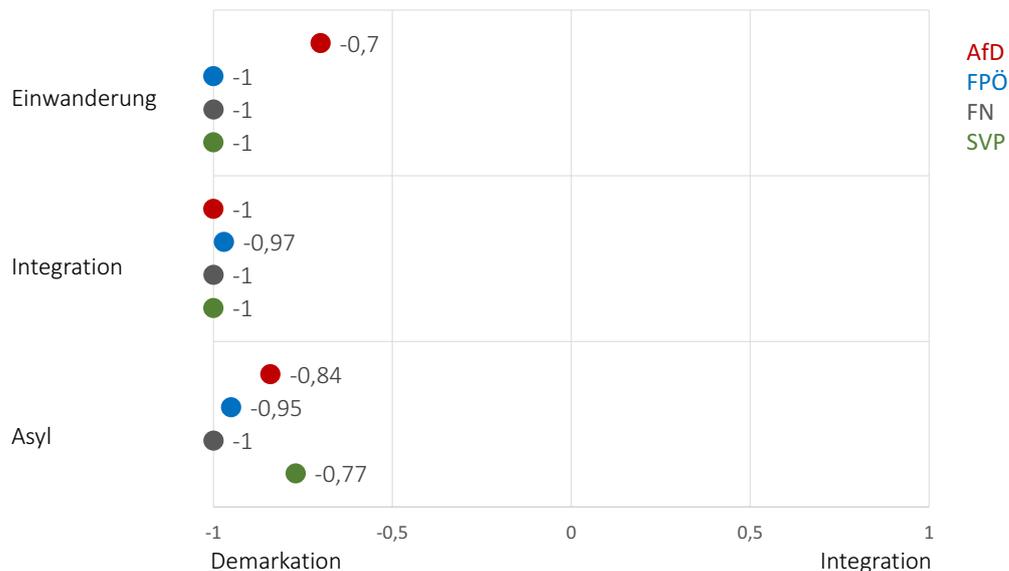


Abbildung 5.1: Positionen der Parteien je Issue in der Kategorie Immigration

### Immigration: Positionen des FN

Wie aus Abbildung 5. 1 hervorgeht, lehnt der FN Einwanderung, Integration und Asyl mit der größten Deutlichkeit ab: Für alle drei Issues ergibt sich ein Wert von  $-1,00$ , das heißt es gibt keine einzige Immigration befürwortende Äußerung im gesamten Programm. Neben einer unbedingten Senkung illegaler Einwanderung auf Null fordert der FN eine drastische Senkung der legalen Einwanderung von 200.000 auf 10.000 Einreisen im Jahr (Front National 2012: 12). Bezüglich Integration befürwortet die Partei eine klare Unterscheidung zwischen den Rechten von Franzosen und Ausländern in allen Bereichen und tritt für nationale Bevorzugung auf dem Arbeitsmarkt im privaten und im öffentlichen Sektor sowie bei sozialstaatlichen Leistungen wie Kindergeld, Arbeitslosengeld oder Sozialwohnungen ein (ebd.: 12 f., 45). Straffällige Ausländer sollen ebenso wie langzeitarbeitslose Ausländer in ihr Heimatland zurückkehren (ebd.: 12 f.). Bei der Frage nach der Ausgestaltung des Asylsystems bleibt das Programm sehr vage und aus den drei diesbezüglichen Aussagen geht lediglich pauschal hervor, dass die Zahl der akzeptierten Asylanträge drastisch reduziert werden müsse (ebd.: 12).

### Immigration: Positionen der FPÖ

Eine ähnlich starke Demarkation beim Thema Immigration ist bei der FPÖ zu beobachten, die für Einwanderung einen Wert von -1,00, für Integration einen Wert von -0,97 und für Asyl einen Wert von -0,95 erhält. Auch sie fordert eine drastische Senkung der illegalen und legalen Einwanderung (Freiheitliche Partei Österreichs 2013: 31, 37). Dabei lehnt sie zusätzlich die Niederlassungsfreiheit innerhalb der Europäischen Union ab (ebd.: 37). Was Rechte und Pflichten von Zuwanderern betrifft, ähneln die Vorstellungen der FPÖ ebenfalls sehr stark denen des FN. Sie möchte die Beschäftigungsmöglichkeiten für Ausländer einschränken, indem Beschäftigungsbewilligungen nur dann erteilt werden sollen, wenn der Bedarf im entsprechenden Sektor nicht durch inländische Arbeitskräfte gedeckt werden kann, und indem Arbeitserlaubnisse im Fall von Arbeitslosigkeit entzogen werden können sollen (ebd.: 114 f.). Auch beim Recht auf Sozialleistungen fordert die FPÖ eine stärkere Differenzierung zwischen In- und Ausländern. So sollen in Österreich lebende Ausländer aus dem Sozialversicherungssystem der Österreicher ausgeschlossen werden, indem für sie eine gesonderte Sozialversicherung geschaffen wird, die nur durch Abgaben von Gastarbeitern finanziert wird (ebd.: 118, 222). Beim Thema Asyl – das bei der FPÖ mit 31,9% sehr salient ist – wird eine Reihe konkreter Maßnahmen zur Senkung der Asylbewerberzahl gefordert: Konsequente Rückführungen straffälliger Bewerber, Rückführungen nach Wegfall des Asylgrundes, Einschränkung des Umfangs der Grundversorgung und ausschließliche Unterbringung in organisierten Unterkünften des Bundes (ebd.: 37, 41, 49, 103). Sehr intensiv wird das Missbrauchspotential im Asylsystem thematisiert (ebd.: 41, 45 ff.). Um dieses zu senken, sollen Asylverfahren bei „selbstverschuldeter Nichtvorlage von Reise- oder Ausweisdokumenten“ (ebd.: 48) nicht eröffnet werden.

### Immigration: Positionen der SVP

Die SVP grenzt sich von Einwanderung (-1,00) und Integration (-1,00) rigoros ab. Eine intensive Grenzkontrolle soll die illegale Einwanderung reduzieren und eine Neuverhandlung des Freizügigkeitsabkommens mit der EU soll die legale Einwanderung einschränken (Schweizerische Volkspartei 2015: 33 f., 38, 41 ff.). Die Partei vertritt die Auffassung, dass Integration Aufgabe der Zuwanderer ist und von diesen eingefordert werden muss (ebd.: 33 f.). Dazu gehört auch, dass Teilhabe an Sozialleistungen nur gewährt wird, wenn zuvor über gewisse Fristen hinweg Beiträge eingezahlt wurden. Arbeitslosenentschädigung soll nur

erhalten, wer mindestens zwei Jahre Arbeitslosenversicherungsbeiträge entrichtet hat (ebd.: 34). Familiennachzug soll nur Personen gewährt werden, die ihre Familie selbst versorgen können und über eine selbst finanzierte Wohnung verfügen (ebd.: 34). Beim Thema Asyl positioniert sich die SVP ebenfalls abgrenzend, mit einem Wert von -0,77 jedoch weniger absolut als die anderen Parteien. Sie fordert rasche Ausweisungen von abgelehnten oder straffälligen Asylbewerbern (ebd.: 38) und eine Senkung der „Attraktivität des Schweizer Asylwesens“ zur Reduzierung des Missbrauchs durch „Scheinflüchtlinge“ (ebd.: 39). Gleichzeitig betont die SVP die humanitäre Tradition der Schweiz und möchte diese fortsetzen (ebd.: 37 f., 41).

### Immigration: Positionen der AfD

Bezüglich Einwanderung positioniert sich die AfD abgrenzend, allerdings nicht so bedingungslos wie die anderen drei Parteien. Der Wert von -0,70 ergibt sich aus der Ablehnung von Einwanderung bei gleichzeitiger Befürwortung einer gesteuerten und maßvollen Aufnahme qualifizierter Zuwanderer (Alternative für Deutschland 2016: 62). Zur Verhinderung von illegaler Einwanderung fordert die Partei die vollständige Schließung von EU-Außengrenzen sowie strenge Personenkontrolle an deutschen Grenzübergängen (ebd.: 59 f.). Darüber hinaus stellt sie die EU-Personenfreizügigkeit infrage (ebd.: 62). Für das Issue Integration ergibt sich ein Mittelwert von -1,00. Was Rechte und Pflichten von Einwanderern betrifft, so spricht die AfD von einer „Bringschuld“ (ebd.: 63) der Einwanderer. Es wird betont, dass sie sich aktiv integrieren müssen, um dauerhaft aufenthaltsberechtigt zu sein. Unter dieser Integrationsleistung versteht die Partei „die Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und Schrift, die Achtung und gelebte Bejahung unserer Rechts- und Gesellschaftsordnung sowie den Verdienst des eigenen Lebensunterhalts“ (ebd.: 63). Dementsprechend möchte auch die AfD Ausländern den Zugang zum nationalen Sozialsystem erschweren. Unter anderem soll für EU-Bürger der Anspruch auf Sozialleistungen von einer vierjährigen versicherungspflichtigen Beschäftigung ohne staatliche Zuschüsse abhängig gemacht werden (ebd.: 62). Beim Issue Asyl ergibt sich für die AfD ein Wert von -0,84. Neben der Forderung nach konsequenten Abschiebungen von Ausreisepflichtigen, Einschränkung des Familiennachzugs und Rückführungen nach Entfallen des Asylgrundes plädiert sie für grundlegende Änderungen in der Asylpolitik: Asylbewerber sollen Anträge auf Schutz nicht mehr in Deutschland selbst stellen, sondern nur in im Heimatland einzurichtenden

Aufnahmezentren unter UN- oder EU-Mandat, wo sie auch während der Bearbeitung der Anträge Schutz finden sollen (ebd.: 59). Antragsteller, die bereits in Deutschland oder einem anderen EU-Land sind, sollen zur Rückkehr in diese Zentren verpflichtet werden. Wenn ein Schutzgrund anerkannt wird, soll Asylberechtigten eine sichere Reise nach Deutschland ermöglicht werden (ebd.: 60)

### 5.1.3 Positionen zwischen Integration und Demarkation: Europäische Integration

Die vier Parteien grenzen sich durchgehend von den mit der europäischen Integration assoziierten Themen Euro, EU-Erweiterung, EU-Vertiefung und Solidarität innerhalb der EU ab. Mit einer einzigen Ausnahme bewegen sich alle Werte zwischen -0,9 und -1, wie in Abbildung 5.2 zu sehen ist. Diese Ausnahme ist bei der FPÖ zu finden: Zum Issue Vertiefung der EU äußert sie sich mit einem Mittelwert von -0,55. Dieser Wert ergibt sich, weil die FPÖ neben integrationskritischen Statements Vorschläge für einen institutionellen Umbau der EU liefert. Unter der Voraussetzung dieses Umbaus hält die Partei eine weiterhin enge Zusammenarbeit einiger Länder durchaus für wünschenswert (Freiheitliche Partei Österreichs 2013: 280 ff.). Jedoch beschränkt sie sich hier auf wenige Bereiche und fordert insgesamt – im Einklang mit den drei anderen Parteien – einen umfassenden Kompetenztransfer auf die staatliche Ebene. Diese Ablehnung supranationaler Institutionen vereint die untersuchten rechtspopulistischen Parteien zu einer homogenen EU-skeptischen Parteifamilie, die jeder Form der Einschränkung nationalen Handlungsspielraumes vehement entgegentritt.

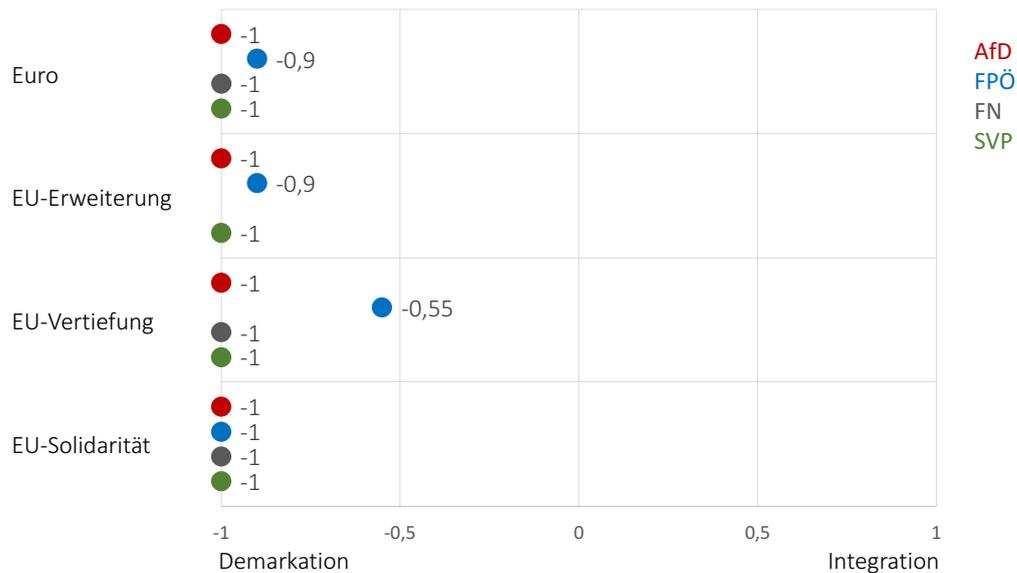


Abbildung 5.2: Positionen der Parteien je Issue in der Kategorie europäische Integration

### Europäische Integration: Positionen der AfD

Für die AfD ergibt sich bei allen vier Issues ein Mittelwert von -1,00. Sie fordert, „das Experiment Euro geordnet zu beenden“ (Alternative für Deutschland 2016: 19) – entweder durch eine gemeinsame Auflösung oder aber durch einen Ausstieg Deutschlands aus der Währungsunion (ebd.: 20). Scharfe Kritik übt sie an der Eurorettungspolitik der Vergangenheit, deren Folgen sowohl für die rettenden als auch für die geretteten Länder volkswirtschaftlich nachteilhaft seien (ebd.: 19 f.). Auch andere Formen der finanziellen Solidarität werden eindeutig abgelehnt, so jegliche Form von Transferzahlungen und insbesondere eine europäische Bankenhaftung (ebd.: 21). Zu dem in nur drei Aussagen erwähnten Issue EU-Erweiterung grenzt sich die AfD ab, indem sie sich gegen den Beitritt der Türkei und anderer „nichteuropäischer Staaten“ (ebd.: 19) ausspricht. Auch einen Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union zieht die AfD in Betracht, falls grundlegende Reformansätze nicht verwirklicht würden (ebd.: 16). Weitere Schritte in Richtung EU-Vertiefung lehnt die Partei strikt ab und fordert stattdessen eine Rückgabe von Kompetenzen der europäischen Institutionen an die nationalen Regierungen, so beispielsweise bei der Ausgestaltung rechtlicher Strukturen sowie in Wirtschafts- und Sozialpolitik (ebd.: 16 ff.). Auch die Institutionalisierung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik lehnt die AfD ab (ebd.: 19).

### Europäische Integration: Positionen des FN

Der FN positioniert sich bezüglich Euro, EU-Solidarität und EU-Vertiefung mit -1,00 am äußeren Rand der Demarkation. Er tritt für eine Abschaffung des Euros ein (Front National 2012: 69) und betont, dass die volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Währung und ihrer Rettung wachstumshemmend seien und insbesondere für Frankreich eine „Todesfalle“ (ebd.: 68) in Form eines Spar-Rezessions-Zyklus darstellten. Solidarität innerhalb der EU in Form von Unterstützungszahlungen für strukturschwache Regionen lehnt der FN ab (ebd.: 48, 55). Auch die Subventionsleistungen der gemeinsamen Agrarpolitik möchte er abschaffen, da er eine Umschichtung zugunsten der neuen Mitgliedstaaten befürchtet (ebd.: 55). Was das Issue EU-Vertiefung betrifft, so tritt die Partei entschieden für eine Aufhebung wesentlicher Integrationsschritte ein: So soll der Vorrang nationalen Rechts vor europäischem Recht wiederhergestellt werden (ebd.: 49) und durch eine „fehlgeleitete Wettbewerbspolitik“ (ebd.: 65) entstandene Beschränkungen aufgehoben werden. Zentral ist auch die Forderung nach nationaler Kontrolle im Agrarsektor und im Lebensmittelhandel durch die Abschaffung von EU-Richtlinien (ebd.: 54). Für die Subkategorie EU-Erweiterung lässt sich kein Wert berechnen, da im Programm des FN keine einzige Äußerung zu finden ist, die eine positive oder eine negative Haltung zu diesem Issue transportiert.

### Europäische Integration: Positionen der FPÖ

Auf der Achse zwischen Demarkation und Integration ergibt sich für die FPÖ ein Wert von -1 bei dem Issue EU-Solidarität, ein Wert von -0,9 bei den Issues Euro und EU-Erweiterung und ein Wert von -0,55 bei EU-Vertiefung. In Bezug auf die Frage nach finanzieller Solidarität werden Umverteilungsmaßnahmen wie etwa die Einführung einer EU-Steuer abgelehnt, eine Verringerung der Beitragszahlungen gefordert und für die Abschaffung jeglicher Haftungsübernahmen plädiert (Freiheitliche Partei Österreichs 2013: 179 f.). Hinsichtlich der Subkategorie EU-Erweiterung äußert die FPÖ genaue Vorstellungen über die Mitgliedschaften verschiedener Länder. Ein Beitritt der Türkei dürfe unter keinen Umständen gewährt werden (ebd.: 279). Jedoch sollte den Balkanländern, die noch keine Mitglieder sind, langfristig ein Beitritt ermöglicht werden (ebd.: 283). Darüber hinaus schlägt die FPÖ vor, die EU-Mitgliedsländer in zwei Gruppen zu unterteilen, mit den Nettozahlern als untereinander eng verbundenes „Kerneuropa“ (ebd.: 282) und den übrigen Ländern als Gruppe von EU-Mitgliedern, die zum Kerneuropa in einem Verhältnis nach dem Vorbild des ehemaligen

Europäischen Wirtschaftsraums stehen, aber aus der Währungsunion und aus einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ausgeschlossen werden (ebd.: 282). Das Kerneuropa solle sich unter anderem eine „funktionstüchtige und schlagkräftige Währungspolitik für den Euro“ (ebd.: 282) zum Ziel setzen. Diese Äußerung widerspricht der zuvor im Programm ausführlich vertretenen Forderung, zum Schilling zurückzukehren und aus dem Euroverbund auszusteigen, der für Österreich „die Schäden und Nachteile stetig ins Unermessliche“ (ebd.: 276) erweitern würde.

Der Wert -0,55 beim Thema EU-Vertiefung ergibt sich einerseits aus der deutlichen Befürwortung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (ebd.: 280, 284 f.). Zusätzlich fallen positive Äußerungen über die europäische Einigung an sich (ebd.: 275) und deren Notwendigkeit im Zeitalter globaler Herausforderungen (ebd.: 277) ins Gewicht. Andererseits wird die Position durch eine Reihe an Forderungen nach Kompetenzverlagerung auf die nationale Ebene bestimmt. Dies betrifft besonders den Bereich der Agrarpolitik (ebd.: 70 f.), die Sozial-, Regional-, Industrie-, Gesundheits-, Forschungs-, Bildungs- und Kulturpolitik (ebd.: 283) und besonders ausdrücklich das Rechtssystem (ebd.: 279, 281). Auch generelle Äußerungen über den Wunsch nach Souveränität und Renationalisierung (ebd.: 276, 279) bestimmen den Wert von 0,55 mit.

### Europäische Integration: Positionen der SVP

Die SVP steht allen vier Issues zur europäischen Integration mit einer Position von -1,00 gegenüber. Den Euro lehnt die Partei ab: „Die SVP will den Schweizer Franken als eigenständige und unabhängige Währung erhalten“ (Schweizerische Volkspartei 2015: 25). Finanzielle Solidarität mit EU-Ländern liegt ihr ebenfalls fern, nicht für die „Misswirtschaft anderer Länder mitbezahlen zu müssen“ (ebd.: 15) ist einer der Gründe für die Ablehnung eines EU-Beitritts der Schweiz. Die Demarkation zum Thema EU-Beitritt ergibt sich aus positiven Äußerungen über die Tatsache, dass die Schweiz bis dato kein Mitglied ist sowie aus der Bekundung, dass dies so bleiben müsse (ebd.: 14 f.). Das Issue EU-Vertiefung fasst im Fall der SVP Statements über Anbindungen an die EU-Politik jenseits eines offiziellen Beitritts zusammen. Die Übernahme von EU-Richtlinien und andere Integrationschritte werden abgelehnt, während stattdessen für bilaterale Beziehungen und Verträge mit den Mitgliedsländern eingetreten wird (ebd.: 12 ff.). Insbesondere wird jede Anbindung an das supranationale Recht der EU deutlich zurückgewiesen (ebd.: 12, 15).

#### 5.1.4 Positionen zwischen Integration und Demarkation: Wirtschaftsliberalisierung

Die Ergebnisse für die Positionen der rechtspopulistischen Parteien zu ökonomischer Liberalisierung ergeben ein anderes Bild als die Ergebnisse zu Immigration und europäischer Integration. Es lässt sich keine parteiübergreifende Demarkation feststellen, auch dann nicht, wenn man das Issue Wohlfahrtsstaatabbau außen vorlässt (s. Abbildung 5.3). Beim Thema internationale Liberalisierung variieren die Positionen zwischen -0,06 und -1,00. Während AfD (-0,06) und SVP (-0,08) gleichzeitig von grundsätzlichen Vorteilen und spezifischen Nachteile von Freihandel sprechen, grenzen sich FPÖ (-0,71) und FN (-1,00) von diesem Issue markant ab. Das Thema innerstaatliche Liberalisierung setzt FN (-1,00) und SVP (0,96) konträr zueinander in Position: Der FN spricht sich für mehr staatliche Kompetenzen bei der Regulierung marktwirtschaftlichen Handelns aus (Front National 2012: 56 ff.), während die SVP klassische neoliberale Forderungen nach marktwirtschaftlicher Integration und staatlichem Rückbau vertritt (Schweizerische Volkspartei 2015: 24 ff., 72 ff.). Gegen einen Abbau des Wohlfahrtsstaats treten – in unterschiedlicher Intensität – FN (-1,00), AfD (-0,81) und FPÖ (-0,61) ein. Dadurch unterscheiden sie sich essentiell von der SVP (0,97), die auch hier ein liberales Ideal an den Tag legt und sozialstaatliche Leistungen umfassend abbauen möchte (ebd: 28, 55 ff.).

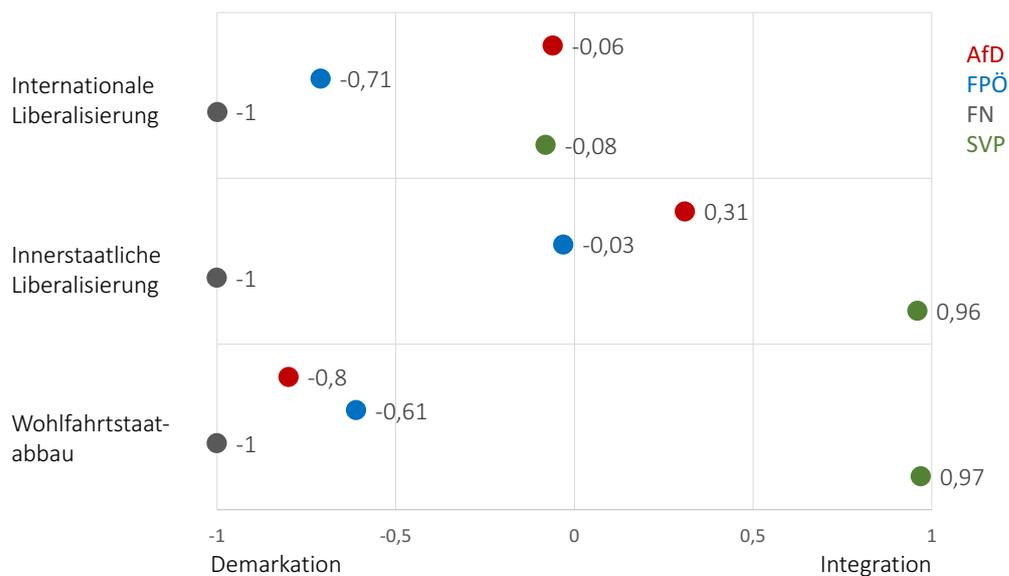


Abbildung 5.3: Positionen der Parteien je Issue in der Kategorie Wirtschaftsliberalisierung

### Wirtschaftsliberalisierung: Positionen des FN

Die markanteste Positionierung bezüglich Wirtschaftsliberalisierung lässt sich beim FN beobachten: Mit dem Wert -1,00 grenzt er sich jeweils von internationaler Liberalisierung, von innerstaatlicher Liberalisierung und von Wohlfahrtsstaatabbau ab.

Die Partei setzt sich für einen nationalen Protektionismus ein und fordert die Wiedereinführung von Zöllen (Front National 2012: 30, 56, 73, 81). Vor allem der französische Agrarsektor soll dadurch geschützt werden. Importe sollen auf jene Produkte begrenzt werden, mit denen sich Frankreich nicht autark versorgen kann (ebd.: 56). Intensive Kritik wird an formellen und informellen internationalen Wirtschaftsregimen wie der *Welthandelsorganisation* und der *Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer* (G20) geübt, deren Ausrichtung auf liberale Märkte als „gnadenlose Auslieferung [französischer] Landwirte an die internationale Konkurrenz“ (ebd.: 55) betrachtet wird. Der FN positioniert sich gegen innerstaatliche Liberalisierung, indem er sich für mehr Kompetenzen des Staates ausspricht. Es sei ein starker Staat vonnöten, der Sanktionen gegen Kartelle verhängt (ebd.: 61), durch Subventionen Preisstabilität in der Landwirtschaft garantiert (ebd.: 56) und spekulatives Handeln auf Finanzmärkten begrenzt (ebd.: 5, 56).

Wohlfahrtsstaatliche Leistungen möchte der FN in den Bereichen Kranken-, Renten- und Pflegevorsorge ausbauen: Es müsse eine flächendeckende Gesundheitsversorgung gewährleistet werden, da der Zugang zu medizinischen Leistungen nicht vom Einkommen oder vom Wohnort abhängig zu machen sei (ebd.: 44). Das Renteneintrittsalter soll gesenkt werden und durch Umverteilung im Rahmen des Generationenvertrages soll jeder Person in Rente ein ausreichendes Lebensniveau ohne zusätzliche Eigenfinanzierung ermöglicht werden (ebd.: 81). Eine umfassende Reform strebt die Partei im französischen Pflegesystem an, das derzeit defizitär und unterfinanziert sei (ebd.: 80, 82). Keine Erwähnung findet währenddessen das Thema Arbeitslosenversicherung.

### Wirtschaftsliberalisierung: Positionen der FPÖ

Die FPÖ vertritt eine skeptische Position zu internationaler Liberalisierung (-0,71) sowie zu Wohlfahrtsstaatabbau (-0,61). Bezüglich innerstaatlicher Liberalisierung äußert sie gemischte Ansichten, so dass sich ein Wert von -0,03 ergibt, der sich weder als Demarkation noch als Integration interpretieren lässt. Die Partei weist auf die „grundsätzlich friedens- und wohlfahrtsstiftende sowie effizienzsteigernde Funktion der internationalen Arbeitsteilung“

(Freiheitliche Partei Österreichs 2013: 173) hin. Gleichzeitig attestiert sie internationalen Liberalisierungsschritten einen „potentiell gefährlichen Hintergrund“ (ebd.: 172). Insbesondere globale Marktkonzentrationen und die Einflussnahme von Konzernen auf die nationale Gesetzgebung sieht die FPÖ kritisch (ebd.: 29, 174). Vor diesem Hintergrund thematisiert sie das geplante transatlantische Rahmenabkommen mit den Vereinigten Staaten intensiv und spricht sich dagegen aus, da sie eine Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten ablehnt und einen unabhängigen Wirtschaftsraum wünscht (ebd.: 174 f.).

Das gemischte Bild hinsichtlich innerstaatlicher Liberalisierung ergibt sich aus einer Befürwortung staatlicher Kompetenzen in bestimmten Bereichen und der Forderung nach Kompetenzbeschneidung in anderen. Die FPÖ distanziert sich aus „politisch-patriotischen Gründen“ von „Marktfundamentalismus und Monetarismus“ (ebd.: 172). Sie betont die Notwendigkeit von Regelungen zum Arbeitnehmerschutz und möchte gegen atypische Beschäftigungsformen vorgehen (ebd.: 203). Darüber hinaus lehnt sie Privatisierungen in Infrastrukturbereichen ab (ebd.: 182). Gleichzeitig schlägt die FPÖ vor, staatliche Kompetenzen in einem Staatsaufgabenkatalog festzulegen, um eine Ausweitung staatlicher Betätigung auf Bereiche, die für die Grundversorgung nicht notwendig sind, zu verhindern und Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden (ebd.: 89, 181). Außerdem möchte sie Wirtschaftseingriffe durch eine Subventionsbremse eindämmen (ebd.: 184).

Die FPÖ befürwortet ein solidarisches Sozialsystem in Bezug auf die Gesundheits- und Rentenpolitik. Das öffentliche Gesundheitswesen soll reformiert werden, indem sogenannte Selbstbehalte, ein von der versicherten Person selbst zu entrichtender Anteil an den Gesamtkosten bei bestimmten medizinischen Leistungen, abgeschafft werden (ebd.: 224). Die Partei betont die Notwendigkeit eines gut ausgebauten Rentensystems aus staatlicher, betrieblicher sowie privater Vorsorge und lehnt einen Rückbau der staatlichen Rentenvorsorge ab (ebd.: 162). Eine weitaus liberalere Position vertritt sie hinsichtlich Arbeitslosenunterstützungsleistungen: Langzeitarbeitslose Personen, die eine Chance auf Arbeit haben und diese nicht wahrnehmen, sollen keine finanzielle Unterstützung erhalten, sondern lediglich Sachleistungen in Form von Nahrung, Kleidung und Obdach (ebd.: 117).

#### Wirtschaftsliberalisierung: Positionen der SVP

Die SVP betont die wohlfahrts- und friedensstiftende Wirkung von Freihandel und befürwortet Abkommen mit möglichst vielen Staaten (Schweizerische Volkspartei 2015: 13,

24), lehnt aber gleichzeitig ein Agrarfreihandelsabkommen mit der EU ab, das sie als existenzielle Bedrohung für die einheimischen Landwirte einstuft (ebd.: 64). Ebenfalls verhindern möchte die Partei ein von der Welthandelsorganisation angestrebtes Abkommen, da die vorgeschlagene Grenzöffnung im Bereich Landwirtschaft zu weit gehe und eine Senkung der Lebensmittelpreise auf Weltmarktpreisniveau nachteilhaft sei (ebd.: 64). Zusätzlich kritisiert sie die Anpassung an internationale Standards, welche Schweizer Standortvorteile wie das Bankkundengeheimnis zunichtemache (ebd.: 23). Über alle positiven und negativen Aussagen zum Issue internationale Liberalisierung ergibt sich für die SVP ein Wert von -0,08.

Mit einem Wert von 0,96 positioniert sich die SVP deutlich zugunsten einer innerstaatlichen marktwirtschaftlichen Integration. Sie wünscht weniger „staatlichen Aktionismus“ (ebd.: 24) und eine Reduzierung der „Regulierungsdichte“ (ebd.: 27). Regulierungen wie Auflagen und Verbote sollen abgebaut werden, da unternehmerisches Handeln nicht eingeschränkt werden dürfe (ebd.: 24, 72, 75). Arbeitsmarktregulierungen wie Quotenregeln oder Lohnvorgaben seien zu verhindern, um einen flexiblen Arbeitsmarkt zu erhalten (ebd.: 25). Subventionen und Fördermaßnahmen wie sozialer Wohnungsbau werden ebenfalls abgelehnt, da wettbewerbsverzerrende Effekte zu vermeiden seien (ebd.: 28, 72). Eine Ausnahme macht die Partei bei der Viehwirtschaft, wo sie gezielte Fördermaßnahmen zur Stärkung von Grünlandbetrieben befürwortet (ebd.: 65).

Auch bei der Frage nach wohlfahrtsstaatlicher Sicherung plädiert die SVP mit einem Mittelwert von 0,97 für einen Leistungsabbau. Sie setzt sich gegen mehr Umverteilung ein und wünscht einen liberalen Staat, der auf die Eigenverantwortung des Bürgers setzt (ebd.: 28). Konkret kritisiert sie die Verstaatlichung des Gesundheitssystems und wünscht mehr Wettbewerb sowie private Verantwortlichkeit bei der Abdeckung von Krankheitsrisiken (ebd.: 58 f.). Die Sozialhilfe soll eine Form der Überbrückungshilfe sein und spürbar reduziert werden, wenn eine Person eine zumutbare Arbeit verweigert (ebd.: 56). Der Sozialstaat müsse insgesamt abgebaut werden, da viele Maßnahmen wie beispielsweise Arbeitslosenversicherung, Invalidenversicherung oder Mutterschaftsversicherung nicht finanzierbar seien (ebd.: 55 f.).

## Wirtschaftsliberalisierung: Positionen der AfD

Mit einem Mittelwert von -0,06 lässt sich die AfD hinsichtlich internationaler Liberalisierung weder als eindeutig abgrenzend noch als eindeutig integrierend charakterisieren. Sie betrachtet internationalen Handel als Grundlage von Frieden und Wohlstand und möchte Handelsschranken weltweit abbauen (Alternative für Deutschland 2016: 68). Ein marktwirtschaftlich ausgerichteter Außenhandel soll die rechtliche Gleichstellung von inländischen und ausländischen Unternehmen beinhalten (ebd.: 67). Die AfD lehnt Freihandelsabkommen dann ab, wenn ihre Ausgestaltung auf Kosten nationaler Hoheitsrechte geht. Dies gelte für Festlegungen auf Standards unterhalb des nationalen Schutzniveaus, Investitionsschutzverträge sowie alle Verträge, die in nationales Recht eingreifen (ebd.: 68). Konkret lehnt die AfD daher folgende von der EU geplanten Abkommen ab: *Transatlantic Trade and Investment Partnership* (TTIP) mit den Vereinigten Staaten, *Comprehensive Economic and Trade Agreement* (CETA) mit Kanada und *Trade in Services Agreement* (TISA) mit 22 WTO-Staaten (ebd.: 68).

Für das Issue innerstaatliche Liberalisierung ergibt sich ein Mittelwert von 0,31. Die AfD befürwortet den Mindestlohn ausdrücklich (ebd.: 36). Sie fordert eine Stärkung des Verbraucherschutzes und missbilligt die Privatisierung der Trinkwasserversorgung (ebd.: 70 f.). Abgesehen davon tritt sie jedoch für eine geringere Staatsquote, mehr Wettbewerb, freie Preisbildung, Deregulierung auf breiter Front und Subventionsabbau ein (ebd.: 67 ff.). Statt „zu viele und ineffiziente Regulierungen“ (ebd.: 68) wünscht die AfD einen schlanken Staat, da sich „durch marktwirtschaftlichen Wettbewerb die besten ökonomischen Ergebnisse [ergeben]“ (ebd.: 67).

Zur Wohlfahrtstaatfrage äußert sich die AfD vergleichsweise einseitig. Ein Aus- oder Abbau von Leistungen für Rentner, Kranke oder Arbeitslose wird kaum thematisiert. Vielmehr steht die Leistungsgerechtigkeit für Familien im Vordergrund. Eltern, die Kinder großziehen, sollen ideell und materiell stärker gewürdigt werden (ebd.: 38). Kinder, die ihre Eltern pflegen, sollen dafür höhere Pflegesätze erhalten (ebd.: 37). Die AfD möchte das Arbeitslosengeld II („Hartz IV“) durch eine „aktivierende Grundsicherung“ (ebd.: 37) ersetzen. Bei Hinzuverdiensten soll diese Grundsicherung schmelzen, jedoch sollen Unterstützungsbetrag und Einkommen nicht vollständig miteinander verrechnet werden. Um welche Beträge es sich bei der Grundsicherung halten soll und inwiefern Leistungsempfänger dadurch besser oder schlechter

gestellt werden, bleibt im Programm der AfD jedoch unklar.<sup>4</sup> Deshalb ergibt sich ein Wert von -0,8 für das Issue Wohlfahrtsstaatabbau.

## 5.2 Ergebnisse der Frame-Analyse

In den vier untersuchten Parteiprogrammen lassen sich insgesamt 484 Quasisätze einem der in Kapitel 4.6 typologisierten Rechtfertigungs-Frames zuordnen. Da ein Quasisatz mit mehreren Frames codiert werden kann, besteht die Analyse aus 521 Frame-Codierungen.

Tabelle 5.6 stellt dar, in welchem Verhältnis die Parteien die drei Globalisierungsdebatten mit kulturellen und ökonomischen Frames versehen. Beim Thema Immigration wendet der FN die meisten kulturellen Frames auf (46,4% der codierten Frames). Das Thema europäische Integration wird von SVP (92,0%), FPÖ (74,3%) und AfD (70,3%) hauptsächlich anhand kultureller Argumente abgelehnt. Die AfD (27,8%) bettet ihre Position bezüglich Wirtschaftsliberalisierung deutlich stärker in kulturelle Rechtfertigungsframes ein als die anderen Parteien.

	kulturelle Frames	Nationalismus- Frame	Multikulturalismus- Frame	Demokratie- Frame	ökonomische Frames	Soziale- Sicherheit- Frame	Wirtschaftlicher-Nutzen- Frame
<b>Immigration</b>							
AfD	<b>27,7%</b>	27,7%	0,0%	0,0%	<b>72,3%</b>	34,0%	38,3%
FN	<b>46,4%</b>	46,4%	0,0%	0,0%	<b>53,6%</b>	25,0%	28,6%
FPÖ	<b>14,8%</b>	14,8%	0,0%	0,0%	<b>85,2%</b>	59,3%	25,9%
SVP	<b>11,0%</b>	11,0%	0,0%	0,0%	<b>90,0%</b>	54,0%	36,0%
<b>Europäische Integration</b>							
AfD	<b>70,3%</b>	42,6%	0,0%	27,7%	<b>29,8%</b>	0,0%	29,8%
FN	<b>15,4%</b>	7,7%	0,0%	7,7%	<b>84,6%</b>	10,8%	73,8%
FPÖ	<b>74,3%</b>	48,6%	0,0%	25,7%	<b>25,7%</b>	1,4%	24,3%
SVP	<b>92,0%</b>	76,0%	0,0%	16,0%	<b>8,0%</b>	0,0%	8,0%
<b>Wirtschaftsliberalisierung</b>							
AfD	<b>27,8%</b>	16,7%	0,0%	11,1%	<b>72,3%</b>	55,6%	16,7%
FN	<b>12,0%</b>	12%	0,0%	0%	<b>88,0%</b>	72,0%	16,0%
FPÖ	<b>11,7%</b>	10%	0,0%	1,7%	<b>87,9%</b>	63,8%	24,1%
SVP	<b>0,0%</b>	0%	0,0%	0%	<b>100,0%</b>	25,0%	75,0%

Tabelle 5.6: Verhältnis von kulturellen und ökonomischen Frames je Hauptkategorie und Partei

<sup>4</sup> In einem früheren Programmentwurf von Februar 2016 schlägt die AfD vor, das Arbeitslosengeld I zu privatisieren, damit Arbeitslosigkeitsvorsorge in die individuelle Verantwortung fällt. Diese extrem liberale Passage wurde aus dem aktuellen Programm jedoch gestrichen.

### 5.2.1 Rechtfertigungs-Frames beim Thema Immigration

Tabelle 5.7 zeigt parteiübergreifend, zu welchen Anteilen kulturelle und ökonomische Frames zur Rechtfertigung der Positionen zu Immigration sowie zu den einzelnen Issues herangezogen werden.<sup>5</sup> Anders als in Hypothese 2 angenommen, überwiegt der Anteil der ökonomischen Argumente stark: Die Positionen der immigrationskritischen Parteienfamilie aus AfD, FPÖ, FN und SVP werden im Verhältnis von 76,4% zu 23,6% mit ökonomischen und kulturellen Argumenten vertreten. Bei der Frage nach Asylschutz sind 91,7% der codierten Frames ökonomisch. Blickt man auf die einzelnen Parteien, sind jedoch große Unterschiede erkennbar. Der FN vertritt seine immigrationskritische Position – mit Mittelwerten von -1,00 bei allen drei Issues die stärkste Demarkation unter den untersuchten Parteien – annähernd ebenso häufig mit kulturellen (46,4%) wie mit ökonomischen (53,6%) Frames.

	Kulturelle Frames	Nationalismus-Frame	Multi-kulturalismus-Frame	Demokratie-Frame	Ökonomische Frames	Soziale-Sicherheit-Frame	Wirtschaftlicher-Nutzen-Frame
<b>Immigration</b>	<b>23,6%</b>	23,6%	0,0%	0,0%	<b>76,4%</b>	44,6%	31,8%
Einwanderung	<b>25,0%</b>	25,0%	0,0%	0,0%	<b>75,0%</b>	28,8%	46,2%
Integration	<b>30,4%</b>	30,4%	0,0%	0,0%	<b>69,6%</b>	60,9%	8,7%
Asyl	<b>8,3%</b>	8,3%	0,0%	0,0%	<b>91,7%</b>	36,1%	55,6%

Tabelle 5.7: Prozentuale Anteile kultureller und ökonomischer Frames an den codierten Frames beim Thema Immigration, parteiübergreifend

### Immigrationskritik durch kulturelles Framing

Die kulturellen Frames von Immigration bestehen ausschließlich aus nationalistischen Argumenten (siehe Tabelle 5.7)<sup>6</sup>. Im Vordergrund steht der Schutz der nationalen Identität: „Die Ghettos, die inter-ethnischen Konflikte [...] und politisch-religiösen Provokationen sind

<sup>5</sup> Bei den angegebenen prozentualen Anteilen handelt es sich nicht um den Anteil an den gesamten Frames, die in den Programmen zur Positionsrechtfertigung herangezogen werden, sondern um den Anteil an den in der vorliegenden Analyse insgesamt codierten Frames. Andere Frames, wie beispielsweise ein Kriminalitäts-Frame, wurden aus der Analyse ausgeschlossen. Deshalb lassen sich kulturelle und ökonomische Frames immer zu 100% aufaddieren. Die Aussagekraft der Angaben beschränkt sich auf das Verhältnis zwischen kulturellen und ökonomischen Frames.

<sup>6</sup> Der Demokratie-Frame (A3) wird von den Parteien bei den Themen europäische Integration und Wirtschaftsliberalisierung verwendet. Der Multikulturalismus-Frame wird von keiner Partei zu keinem Thema angewendet, d. h. er taucht in der Analyse kein einziges Mal auf.

die direkten Konsequenzen der Masseneinwanderung, die unsere nationale Identität gefährdet“ (Front National 2012: 12). Der FN verbindet seine ablehnende Position zum Issue Integration auch mit französischem Nationalstolz: So fordert er eine „tiefgreifende Reform der Gesetzgebung zur Französischen Nationalität, damit das Erlangen der Nationalität nicht mehr nur eine reine administrative Formalität darstellt, [denn]: Franzose zu sein ist eine Ehre“. Die AfD, deren angeführte Argumente zu 27,7% als kulturelle Frames codierbar sind, spricht angesichts der Asylzuwanderung von einem „schleichenden Erlöschen der europäischen Kulturen“ (Alternative für Deutschland 2016: 59). Hierin unterscheidet sie sich von den anderen Parteien, die bei der Asylfrage auf kulturelle Frames verzichten. Die Bewahrung der eigenen Kultur angesichts globaler und intereuropäischer Migration ist auch für die FPÖ das zentrale Motiv: Sie „bekennt sich zu dem Ziel, die Heimat, die autochthone Bevölkerung und damit die hiesige Leitkultur zu schützen“ (Freiheitliche Partei Österreichs 2013: 31). Daher gelte es, „den Tiefgang und die Weiterentwicklung [der] eigenen Kultur zu ermöglichen“ (ebd.: 31).

Das nationalistische Framing der Immigrationskritik durch AfD, FPÖ und FN legt ein ethnopluralistisches Kulturverständnis offen: Fremde Kulturen werden nicht negativ bewertet, jedoch sollen Kulturen innerhalb nationaler Grenzen homogen sein, da kulturelle Diversität Tradition und Identität der nationalen Gemeinschaft untergräbt und somit die nationale Kultur relativiert. Eine Ausnahme ist die SVP: Sie äußert im Zusammenhang mit Immigration keine Besorgnis über den Verlust der nationalen Kultur, sondern bezeichnet Einwanderungskontrolle als notwendiges Element nationaler Souveränität (Schweizerische Volkspartei 2015: 33, 44).

### Immigrationskritik durch ökonomisches Framing

Vor allem SVP (90,0%) und FPÖ (85,2%) greifen intensiv auf ökonomische Frames zurück, um Einwanderung und Gleichberechtigung von Ausländern abzulehnen. Volkswirtschaftliche Kosten werden mit Auswirkungen auf die soziale Sicherheit des Einzelnen verknüpft. So schreibt die FPÖ: „Der soziale Staat Österreich wird unfinanzierbar, wenn Staatsbürger und Ausländer das Recht auf gleiche Sozialleistungen erhalten“ (Freiheitliche Partei Österreichs 2013: 118). Sie geht davon aus, dass „Gastarbeiter aufgrund ihrer geringen Produktivität das Sozialsystem überdurchschnittlich stark belasten“ (ebd.: 112). Diese geringe Produktivität sei in einem niedrigen Ausbildungsniveau und überproportionaler Arbeitslosigkeit unter in

Österreich lebenden Ausländern begründet (ebd.: 112). Ein großzügiges Asylsystem lehnt die FPÖ aufgrund hoher Grundversorgungs- und Verwaltungskosten ab (ebd.: 46 f.). Die SVP sieht in der Zuwanderung eine Gefahr für Vollbeschäftigung und Wohlstand der Schweizer (Schweizerische Volkspartei 2015: 31). Die AfD spricht angesichts der Binnenmigration in der EU von einer „Einwanderung in die Sozialsysteme“ (Alternative für Deutschland 2016: 62), die verhindert werden müsse. Der FN kritisiert zusätzlich Arbeitsmigration, da diese eine Steigerung der Arbeitslosigkeit unter Franzosen bedinge, und fordert deshalb eine umfassende nationale Bevorzugung auf dem Arbeitsmarkt (Front National 2012: 11 f.).

### 5.2.2 Rechtfertigungs-Frames beim Thema Europäische Integration

Beim aggregierten Thema Europäische Integration überwiegen kulturelle Frames (57,3%), wie aus der ersten Zeile in Tabelle 5.8 hervorgeht. Parteiübergreifend zeigt sich, dass Positionen zu EU-Erweiterung und -Vertiefung stark kulturell (90,9% bzw. 83,6%) gerechtfertigt werden, während Positionen zum Euro und Fragen der finanziellen Solidarität vornehmlich ökonomisch (81,5% bzw. 89,5%) *geframt* sind.

	Kulturelle Frames	Nationalismus-Frame	Multi-kulturalismus-Frame	Demokratie-Frame	Ökonomische Frames	Soziale-Sicherheit-Frame	Wirtschaftlicher - Nutzen-Frame
<b>Europäische Integration</b>	<b>57,3%</b>	37,9%	0,0%	19,4%	<b>42,7%</b>	3,8%	38,9%
Euro	<b>18,5%</b>	13,8%	0,0%	4,6%	<b>81,5%</b>	6,2%	75,4%
EU-Erweiterung	<b>90,9%</b>	72,7%	0,0%	18,2%	<b>9,1%</b>	0,0%	9,1%
EU-Vertiefung	<b>83,6%</b>	52,6%	0,0%	31,0%	<b>16,4%</b>	3,4%	12,9%
EU-Solidarität	<b>10,5%</b>	10,5%	0,0%	0,0%	<b>89,5%</b>	0,0%	89,5%

Tabelle 5.8: Prozentuale Anteile kultureller und ökonomischer Frames an den codierten Frames beim Thema europäische Integration, parteiübergreifend

### Kritik an der Europäischen Integration durch kulturelles Framing

Abermals gibt es große zwischenparteiliche Unterschiede bezüglich des Anteils kultureller Frames. Konträr zum Thema Immigration ist der FN bei Europäischer Integration diejenige Partei, die die wenigsten kulturellen Argumente (15,4%) anführt. Dagegen sind 70,3% der Argumente gegen die Europäische Integration, die im Programm der AfD codiert wurden, kultureller Natur. Bei der FPÖ machen sie einen Anteil von 74,3% und bei der SVP von 92,0%

aus. Einer Erweiterung der EU tritt insbesondere die FPÖ durch die Einbettung in den Nationalismus-Frame entgegen. Ziel der europäischen Integration sei die „Gemeinschaft jener Staaten, [...] die sich gegenüber den abendländischen Werten, dem Erbe der Kulturen und den Traditionen der europäischen Zivilisation verpflichtet haben“ (Freiheitliche Partei Österreichs 2013: 283). Die SVP lehnt jede Anbindung an die Europäische Integration ab, da sie die nationale Souveränität bedingungslos wahren möchte (Schweizerische Volkspartei 1015: 10 ff.). Die Wahrung nationaler Souveränität und Identität im Kontext der europäischen Einigung steht bei allen untersuchten Parteien im Vordergrund. Der FN wünscht ein Europa, „das die Volkssouveränitäten, die nationalen Identitäten, die Sprachen und Kulturen respektiert“ (Front National 2012: 48). Eigens zur Wiederherstellung nationaler Souveränität möchte er ein Souveränitäts-Ministerium einrichten (ebd.: 48). Auch die AfD pocht vehement auf einen Abbau supranationaler Kompetenzen zugunsten der nationalen Souveränität. Sie konstatiert: „nur die nationalen Demokratien, geschaffen durch ihre Nationen in schmerzlicher Geschichte, vermögen ihren Bürgern die nötigen und gewünschten Identifikations- und Schutzräume zu bieten“ (Alternative für Deutschland 2016: 17).

Neben nationalistischen Positionsbegründungen sind auch Begründungen zu finden, die die demokratische Legitimation von EU-Institutionen infrage stellen (Front National 2012: 47; Alternative für Deutschland 2016: 18; Freiheitliche Partei Österreichs 2015: 179).

### Kritik an der Europäischen Integration durch ökonomisches Framing

Die Desintegration der europäischen Staaten fordert der FN größtenteils unter Schilderung volkswirtschaftlicher Nachteile der EU für Frankreich. Zentrale Integrationsschritte wie die Einheitswährung und die Personenfreizügigkeit macht die Partei für einen Anstieg der Arbeitslosigkeit in Frankreich verantwortlich, der Armut und Unsicherheit nach sich ziehe (Front National 2012: 47 f.). Abgesehen von der Eurofrage sind ökonomische Rechtfertigungen für ablehnende Positionen unter den anderen Parteien weniger präsent. Den Euro aber halten FN, AfD und FPÖ für ein volkswirtschaftliches Desaster, welches das Wirtschaftswachstum der Eurozone langfristig hemmt (Alternative für Deutschland 2016: 19) und den Wohlstand der Bevölkerung senkt (Freiheitliche Partei Österreichs 2013: 276). Auch finanzielle Solidarität in Form von EU-Steuern und Transferzahlungen wird unter dem Hinweis auf überbordende Kosten für das jeweils eigene Land, das zu den Nettozahlern gehört, abgelehnt (Freiheitliche Partei Österreichs 2013: 179; Front National 2012: 54; Alternative für Deutschland 2016: 21).

### 5.2.3 Rechtfertigungs-Frames beim Thema Wirtschaftsliberalisierung

Positionen in der Debatte um Wirtschaftsliberalisierung werden von den untersuchten Parteien zu 90,2% ökonomisch gerechtfertigt und zu 9,8% kulturell (s. Tabelle 5.9). Desaggregiert man die Debatte in die Subdebatten, zeigt sich eine Diskrepanz zwischen den einzelnen Issues: Das Thema internationale Liberalisierung wird zu 40,0% in kulturelle Frames eingebettet.

	Kulturelle Frames	Nationalismus-Frame	Multi-kulturalismus-Frame	Demokratie-Frame	Ökonomische Frames	Soziale-Sicherheit-Frame	Wirtschaftlicher-Nutzen-Frame
<b>Wirtschaftsliberalisierung</b>	<b>9,8%</b>	7,8%	0,0%	2,0%	<b>90,2%</b>	51,0%	39,2%
Internationale Liberalisierung	<b>40,0%</b>	28,0%	0,0%	12,0%	<b>60,0%</b>	32,0%	28,0%
Innerstaatliche Liberalisierung	<b>6,3%</b>	6,3%	0,0%	0,0%	<b>93,8%</b>	40,6%	53,1%
Wohlfahrtsstaat-abbau	<b>1,6%</b>	1,6%	0,0%	0,0%	<b>98,4%</b>	68,8%	29,7%

Tabelle 5.9: Prozentuale Anteile kultureller und ökonomischer Frames an den codierten Frames beim Thema Wirtschaftsliberalisierung, parteiübergreifend

#### Kritik an Wirtschaftsliberalisierung durch kulturelles Framing

Der FN möchte die Nahrungsmittelautarkie Frankreichs garantieren und den Freihandel im Agrarsektor einem „landwirtschaftlichen Patriotismus“ (Front National 2012: 56) unterordnen. Die AfD betont wiederholt den Stellenwert nationaler Souveränität im Zusammenhang mit Freihandelsabkommen (Alternative für Deutschland 2016: 67 f.). Neben der nationalen Souveränität im Kontext internationaler Liberalisierung führt die FPÖ auch kulturelle Argumente bezüglich innerstaatlicher Liberalisierung an: „Durch die Wirtschaft soll das Fortkommen und die Existenz der Gemeinschaft gestützt werden, und die Gemeinschaft bildet alle Teile des Staates und des Volkes.“ (Freiheitliche Partei Österreichs 2013: 171). Diese Aussage bestimmt die Rolle der Wirtschaft als Instrument zum Erhalt der Volksgemeinschaft und ähnelt der Definition eines nativistischen Wirtschaftsprogramms von Mudde (2007: 137).

#### Kritik an Wirtschaftsliberalisierung durch ökonomisches Framing

Seine freihandelskritische Position (-1,00) bettet der FN in ökonomische Frames ein, indem er Arbeitsplatzverluste infolge von Standortverlagerungen sowie eine De-Industrialisierung Frankreichs durch globalen Wettbewerb anprangert (Front National 2012: 62, 73). Hier schließt sich die FPÖ an, die ihre ablehnende Position (-0,71) mit „unfairen globalen

Wettbewerbsbedingungen“ (Freiheitliche Partei Österreichs 2013: 174), unter denen die landwirtschaftlich und industrielle Basis Österreichs zusammenzubrechen droht, rechtfertigt. Innerstaatliche Liberalisierungsschritte lehnt der FN unter dem Argument der sozialen Sicherheit französischer Landwirte ab (Front National 2012: 56). Auch AfD und FPÖ – die diesem Issue weder eindeutig positiv noch eindeutig negativ gegenüberstehen (0,31 bzw. -0,03) – führen die soziale Sicherheit als Hauptargument gegen Deregulierung an, insbesondere gegen Arbeitsmarktderegulierung (Alternative für Deutschland 2016: 36; Freiheitliche Partei Österreichs 2013: 203, 209). Die drei Parteien, die einem Wohlfahrtsstaatabbau ablehnend gegenüberstehen – AfD (-0,80), FPÖ (-0,61) und FN (-1,00) – rechtfertigen ihre Positionen mit der sozialen Sicherheit der Bevölkerung, bzw. im Fall der AfD mit der sozialen Sicherheit von Familien (Alternative für Deutschland 2016: 36 f.).

## 6 Interpretation der Ergebnisse und Bedeutung für die Thesen der Arbeit

### 6.1 Demarkation als Merkmal einer homogenen rechtspopulistischen Parteienfamilie aus AfD, FPÖ, FN und SVP

Aus Kapitel 5.1.2 geht hervor, dass die Hypothese 1 nicht vollständig bestätigt werden kann. Die untersuchten rechtspopulistischen Parteien bilden lediglich bei Globalisierungsthemen, die analytisch auf der kulturellen Dimension zu verorten sind, eine homogene Parteienfamilie. In der Debatte um Immigration grenzen sie sich durchgehend von Einwanderung, Integration und Asyl ab. Die Positionen bewegen sich zwischen -0,70 und -1,00. Den positivsten Wert (-0,70) verzeichnet die AfD beim Thema Einwanderung, da sie qualifizierte Arbeitsmigration nicht ablehnt. Auch in der Debatte um die europäische Integration lässt sich eine homogene Demarkation feststellen. Hier liegen die Mittelwerte zwischen -0,55 und -1,00. Abgesehen von der FPÖ (-0,55), die den Stellenwert intereuropäischer Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik betont, werden die Issues der europäischen Integration durchgehend mit Positionen zwischen -0,90 und -1,00 abgelehnt.

Die Abgrenzung der rechtspopulistischen Parteien zu Themen, die analytisch auf der ökonomischen Dimension anzusetzen sind, ist differenzierter. Positionen zu den Issues innerstaatliche Liberalisierung und Wohlfahrtstaatabbau divergieren stark zwischen den Parteien: Die Mittelwerte befinden sich teilweise im positiven Wertebereich zwischen 0 und 1,00 (Integration) und teilweise im negativen Wertebereich zwischen -1,00 und 0 (Demarkation). Aggregiert man die Issues internationale Liberalisierung, innerstaatliche Liberalisierung und Wohlfahrtstaatabbau zu einer einzigen Debatte um Wirtschaftsliberalisierung, die teils direkt, teils indirekt mit der Globalisierung zusammenhängt, so muss die Hypothese 1 – homogene Demarkation bei Immigration, europäischer Integration und Wirtschaftsliberalisierung – abgelehnt werden.

Ein anderes Bild ergibt sich, wenn man die Issues innerstaatliche Liberalisierung und Wohlfahrtstaatabbau aus der Analyse ausschließt – was aufgrund ihres höchstens indirekten Globalisierungsbezuges im Sinne einer nationalen Anpassung an globale neoliberale

Strukturen gerechtfertigt erscheint.<sup>7</sup> Blickt man ausschließlich auf die Debatte um internationale Wirtschaftsöffnung, bewegt sich keine der Parteipositionen im positiven Bereich. FPÖ und FN grenzen sich mit Mittelwerten von -0,71 und -1,00 eindeutig von Freihandel ab. Für die Äußerungen der SVP bezüglich internationaler Öffnung ergibt sich ein Wert von -0,08. Sie konstatiert zwar wiederholt, dass freier Handel grundsätzlich Vorteile für Wohlstand und Frieden habe (Schweizerische Volkspartei 2015: 13, 24). Spezifische Freihandelsabkommen mit der EU und mit WTO-Staaten missbilligt sie jedoch und betont, dass die Protektion des heimischen Agrarsektors Vorrang haben müsse (ebd.: 64). Ein sehr ähnliches Bild ergibt sich aus den Statements der AfD zum Thema internationale Liberalisierung. Ihr Positionswert beträgt -0,06. Er setzt sich ebenfalls aus pauschalen Freihandelsbefürwortungen einerseits und der Boykottierung konkreter Abkommen zugunsten der nationalen Souveränität andererseits zusammen (Alternative für Deutschland 2016: 68). Obwohl sich die vier untersuchten rechtspopulistischen Parteien im Ausmaß ihrer Ablehnung internationaler Handelsliberalisierung unterscheiden, legt keine der Parteien in dieser Debatte eine integrierende Position an den Tag.

Wenn man die Diskussion um Wirtschaftsliberalisierung also auf die Frage nach internationaler Liberalisierung reduziert, lassen sich die rechtspopulistischen Parteien AfD, FPÖ, FN und SVP auf der Demarkationsseite des Integrations-Demarkations-*Cleavages* einordnen. Sie grenzen sich von Immigration, europäischer Integration und internationaler Wirtschaftsliberalisierung ab und bilden dadurch eine homogene Parteienfamilie.

### Wohlfahrtschauvinismus als rechtspopulistische Erfolgsformel

Begreift man Wohlfahrtschauvinismus als ein politisches Programm, dessen Priorität die ökonomische Besserstellung des nationalen Volkes gegenüber der restlichen Weltbevölkerung ist, dann sind AfD, FPÖ, FN und SVP aufgrund ihrer Positionen und Positionsbegründungen (s. Kapitel 5) wohlfahrtschauvinistische Parteien.

Die Ablehnung globaler Integrationsschritte – in Form von Immigration, europäischer Integration und Freihandel – aufgrund potentieller Gefahren für die heimische Wirtschaft und infolgedessen für die soziale Sicherheit des Einzelnen wird in den Parteiprogrammen in einen kulturellen Frame eingebettet, der die nationale Bevölkerung, definiert durch Traditionen,

---

<sup>7</sup> Die Erhebung dieser Issues bleibt dennoch relevant, um Aufschluss über die Parteipositionierung hinsichtlich Wohlfahrtschauvinismus zu erhalten.

Ethnie und Sprache, als exklusive *In-Group* betont und so eine kollektive Identität herstellt. Um das Fortkommen dieser exklusiven *In-Group* in einem globalen Zeitalter zu sichern, ist die Wahrung nationaler Souveränität in allen Bereichen staatlichen Handelns essentiell.

Die Partei, die das konsequenteste wohlfahrtschauvinistische Programm besitzt, ist der FN: Zu jedem der relevanten Issues grenzt sich die Partei mit Mittelwerten von -1,00 ab. Um die französische Wirtschaft zu schützen, möchte sie einen umfassenden Protektionismus installieren: Zölle sollen einheimische Produzenten von internationaler Konkurrenz befreien; Importe sollen auf Produkte begrenzt werden, die Frankreich selbst nicht ausreichend produzieren kann (Front National 2012: 56). Um dies umsetzen zu können, sei eine Rückerlangung nationaler Souveränität durch Kompetenzentziehung der europäischen Institutionen – insbesondere im Agrarbereich – notwendig (ebd.: 55). Um die soziale Sicherheit der französischen Staatsbürger zu bewahren, sei legale Immigration drastisch zu reduzieren und eine nationale Bevorzugung auf dem Arbeitsmarkt und im Sozialsystem umzusetzen (ebd. 12 f.). Den Zugang zur *In-Group* möchte der FN erschweren, indem es in Zukunft für die Erlangung der Staatsbürgerschaft nicht mehr reichen soll, in Frankreich geboren zu sein. Diese Forderungen nach Abgrenzung werden kulturell *geframt*, indem auf ihre Notwendigkeit zum Erhalt der nationalen Identität und auf die Ehrhaftigkeit der französischen Nationalität hingewiesen wird (ebd. 12 f.).

Die Definition von Wohlfahrtschauvinismus nach Mudde (2007: 125 ff.) beinhaltet zwei Elemente, die bei allen vier untersuchten Parteien vorhanden sind: Erstens eine Abgrenzung der nationalen Wirtschaft und zweitens eine klare Vorstellung davon, wer aufgrund von Kultur und Tradition zum nationalen Volk gehört und wer nicht. Definiert man Wohlfahrtschauvinismus jedoch so wie Kitschelt/McGann (1995: 22 f.) zusätzlich durch soziale Gerechtigkeit<sup>8</sup> innerhalb des nationalen Volkes, dann sind die untersuchten Parteien heterogen, mit der größten Diskrepanz zwischen FN und SVP. Der FN möchte wohlfahrtstaatliche Leistungen in der Kranken-, Renten-, und Pflegevorsorge ausdehnen und empfindet es als staatliche Pflicht, die soziale Sicherheit aller Franzosen zu garantieren (Front National 2012: 44). Die SVP strebt dagegen – mit einem Mittelwert von 0,97 beim Issue

---

<sup>8</sup> Positionen zu Umverteilung durch progressive Lohnsteuer, Erbschaftssteuer und Vermögenssteuer wurden im Rahmen der vorliegenden Analyse nicht erhoben. Positionen bzgl. sozialer Gerechtigkeit lassen sich deshalb nur auf Basis von Aussagen über wohlfahrtstaatliche Leistungen beurteilen.

Wohlfahrtsstaatabbau – nach mehr privater Eigenverantwortung im Bereich der sozialen Sicherung (Schweizerische Volkspartei 2015: 28).

Insgesamt ist die SVP nach wie vor diejenige Partei, die der *winning formula* aus kultureller Abgrenzung und ökonomischer Integration am nächsten kommt. Kitschelt/McGann (2005: 162) identifizieren diese Formel im politischen Angebot von SVP und FPÖ für die 1990er Jahre. Was die FPÖ betrifft, so widerspricht die vorliegende Analyse der Annahme, dass sie dieser rechtspopulistischen *winning formula* im Sinne Kitschelts folgt. Vielmehr liegt die Erfolgsformel der FPÖ im Demarkationspol – Abgrenzung auf der kulturellen und auf der ökonomischen Dimension. Und zwar sowohl dann, wenn man Wohlfahrtschauvinismus auf internationale Abgrenzung (-0,71) beschränkt, als auch dann, wenn man das die Ablehnung eines Wohlfahrtsstaatabbaus (-0,61) mit einbezieht. Hierin liegt der zentrale Unterschied zwischen den zwei etablierten rechtskonservativen Parteien SVP und FPÖ. Während beide in den 1990er Jahren eine Rechtsbewegung auf der kulturellen Dimension vollzogen und sich durch die Inklusion xenophobischer Elemente zu rechtspopulistischen Parteien transformierten (Kitschelt/McGann 2007: 162), ist bei der FPÖ eine weitere Transformation auf der ökonomischen Dimension – weg von neoliberalen Positionen, hin zu interventionistischen Positionen – zu erkennen, wie sie von Kriesi/Grande (2012: 22, *Figure 1.1*) beschrieben wird.

## 6.2 Polarisierung auf der kulturellen Dimension und Dominanz kultureller Frames

Wie bereits dargelegt, polarisieren die analysierten rechtspopulistischen Parteien auf der kulturellen Dimension stärker als auf der ökonomischen (s. Kapitel 5.1.2 und 6.1). Zwar überwiegt auch bei ökonomischen Themen die Abgrenzung von Liberalisierungsschritten, jedoch sind die Positionen weniger eindeutig als bei Immigration und europäischer Integration. These 2.1 wird somit bestätigt. Dieses Ergebnis reiht sich in die Erkenntnisse von Bornschie (2010: 7) und Lachat/Dolezal (2008: 247) ein, laut derer es im äußeren rechten Spektrum parteistrategisch attraktiver ist, auf der kulturellen Dimension zu mobilisieren, da die Wählermeinungen hier stärker polarisieren als auf der ökonomischen Dimension.

These 2.1, die davon ausgeht, dass die Thema-Partei-Kombinationen mit der stärksten Demarkation auch am stärksten in kulturelle Frames eingebettet sind, kann nicht bestätigt werden. Das Programm des FN liefert Evidenz gegen diese These: Mit einem Mittelwert von -

1,00 grenzt er sich vollständig von der europäischen Integration ab. Zur Rechtfertigung dieser Position wird der Stellenwert nationaler Souveränität angeführt. Darauf folgt allerdings eine ausführliche ökonomische Argumentation über die volkswirtschaftlichen Kosten des Euros, der gemeinsamen Agrarpolitik und der EU-Beitragszahlungen (Front National 2012: 68 f.). Bei dieser Thema-Partei-Kombination überwiegen ökonomische Frames mit einem Anteil von 84,6% an den gesamten codierten Frames. Abgesehen von diesem Beispiel ist jedoch zu beobachten, dass bei Positionen absoluter Demarkation immer eine stärkere Konzentration kultureller Rechtfertigungen vorliegt als bei weniger ausschließlichen Positionen: Der FN, der Immigration mit größter Absolutheit ablehnt, indem er auch qualifizierte Zuwanderung missbilligt und die Frage nach humanitärer Verpflichtung zu Asylschutz nicht thematisiert, wendet von allen Parteien die meisten kulturellen Argumente gegen Immigration (46,4%) auf. Die AfD, die rigoros (-1,00) gegen europäische Integrationsschritte eintritt, bettet ihre Position am stärksten in kulturelle Frames (70,3%) ein, indem sie nationale Souveränität und demokratische Rückbindung zum Ausgangspunkt ihrer Ablehnung macht.

Festzuhalten bleibt: Wenn eine der Parteien ihre globalisierungskritische Position durch Ausnahmen relativiert – beispielsweise wie die AfD bei qualifizierter Zuwanderung oder die FPÖ bei europäischer Außen- und Sicherheitspolitik – wird dies mit utilitaristischen Erwägungen gerechtfertigt und nicht etwa mit Multikulturalismus oder Universalismus.

Um die Frage nach dem Verhältnis zwischen kulturellen und ökonomischen Erwägungen bei Rechtspopulisten mit größerer Aussagekraft beantworten zu können, wäre ein Vergleich zu nicht-rechtspopulistischen Parteien vonnöten.

## 7 Fazit

### 7.1 Resümee

Das Ziel dieser Arbeit war es, Positionen und Argumente westeuropäischer rechtspopulistischer Parteien zu globalisierungsbezogenen Themen zu vergleichen, um die Frage nach der diesbezüglichen Homogenität dieser Parteien zu beantworten. Neben der Positionsverortung zwischen Integration und Demarkation wurden auch Salienzen und Frames erhoben, mit denen die Parteien diese Themen versehen. Dies geschah durch eine systematische Inhaltsanalyse ihrer Parteiprogramme, da Parteiprogramme für die Partei repräsentative Positionen enthalten und Politikern während Wahlkämpfen als Leitfäden dienen (Volkens/Wüst 2003: 2).

Festzuhalten bleibt: Die vier rechtspopulistischen Parteien AfD, FPÖ, FN und SVP treten neben Immigration und europäischer Integration auch internationaler Liberalisierung skeptisch gegenüber. Insofern bilden sie eine homogene globalisierungskritische Parteienfamilie. Dies reiht sich in die Forschung von Kriesi et al. (2008, 2012, 2016) ein, die dem Cleavage-Paradigma angesichts anschwellender Globalisierungskonflikte seit den 1990er Jahren neue Gültigkeit attestiert. Die aus den Parteiprogrammen erhobenen Positionen lassen sich auf folgendes Ziel herunterbrechen: Entschärfung eines globalen kulturellen, politischen und ökonomischen Wettbewerbs zur Existenzsicherung der nationalen Bevölkerung. Die strenge Reglementierung von Immigration, die Rückerlangung nationaler Handlungsautonomie und die Protektion traditioneller Sektoren vor internationaler Konkurrenz sollen diesem Zweck dienen. Insofern lässt sich die Annahme bestätigen, dass Wohlfahrtschauvinismus – die Abschottung der nationalen Wohlfahrt kombiniert mit einer kulturellen Definition der exklusiven nationalen *In-Group* – zur rechtspopulistischen Erfolgsformel avanciert.

Die untersuchten Parteien sind jedoch in zwei verschiedene Typen zu teilen, sobald es um die Frage geht, wie die Kompetenzen zwischen Staat und Markt innerhalb nationaler Grenzen verteilt sein sollen – einschließlich der sozialstaatlichen Ausgestaltung. Typ 1 entspricht der klassischen neoliberalen Partei, welche die Allokation durch freie Marktwirtschaft für die beste gesellschaftliche Strukturierung hält und politische Steuerung kritisch betrachtet. Diesen Typ verkörpert die SVP, die auf innerstaatliche Liberalisierung und Wohlfahrtsstaatabbau drängt. Typ 2 betrachtet es als staatliche Verantwortung, die soziale Sicherheit der gesamten nationalen Bevölkerung zu garantieren und Wettbewerb durch

regulierende Eingriffe auszugleichen. Die Betonung der ökonomischen Absicherung des nationalen Volks bei gleichzeitiger Verwehrung ähnlicher Ansprüche von ausländischen Bürgern ist das Element, das diesen Parteytyp als nationalistisch charakterisiert. Diesem Typ entspricht der FN vollständig. AfD und FPÖ lassen sich keinem der beiden Typen eindeutig zuordnen. Die FPÖ strebt nach mehr staatlicher Verantwortungsübernahme in bestimmten ökonomischen Bereichen und nach einer Beschneidung derselben in anderen Bereichen. Das Programm der AfD weist insbesondere beim Thema Sozialstaat Leerstellen auf. Dies mag einerseits der Tatsache geschuldet sein, dass die Partei jung ist und andererseits damit zusammenhängen, dass eine klare Positionierung in die eine oder andere Richtung elektorale Verluste bedeuten würde.

Es lassen sich zwei wesentliche Unterschiede zwischen den untersuchten Parteien feststellen. Erstens existieren verschiedene Ausprägungsformen von Wohlfahrtschauvinismus. Das Programm der SVP lässt sich aufgrund der strikten Marktausrichtung jenseits von Freihandel als eine Art *nationaler Kapitalismus* bezeichnen. Die Positionen des FN lassen sich aufgrund der Betonung von Verteilungsgerechtigkeit für alle Staatsbürger zu einem *ökonomischen Nativismus* zusammenfassen. Zweitens variiert die Intensität, mit der kulturelle Argumente zur Positionsrechtfertigung herangezogen werden. Auch hier hebt sich die SVP am stärksten von den drei anderen Parteien ab. Nationale Souveränität und Selbstbestimmung sind ihr erklärtes Ziel, jedoch verzichtet die SVP im Gegensatz zu AfD, FPÖ und FN darauf, den Erhalt der nationalen Identität, Traditionen und Kultur per se zum Rechtfertigungsgrund ihrer Globalisierungsskepsis zu erheben. Sogar Immigration – die Triebkraft kulturellen Wettbewerbs (Kriesi et al. 2008: 6) – wird im Programm der SVP hauptsächlich mit ökonomischen Argumenten entgegengetreten.

## 7.2 Ausblick

Wie sehr sich die Wählermeinungen entlang der Konfliktlinie Integration-Demarkation weiter spalten – und wie sehr das ausschöpfbare Potential für Rechtspopulisten in Zukunft sein wird – hängt unter anderem davon ab, wie groß die strukturierende Kraft der historischen Cleavages noch ist. Denn die Konstruktion einer kollektiven Identität durch das nationalistische Ideal gelingt vor allem dann, wenn andere kollektive Identitäten im Elektorat auf dem Rückzug sind. Für künftige Forschung über die strategische Ausrichtung und das Wählerpotential rechtspopulistischer Parteien bleibt beispielsweise zu untersuchen, ob das

---

wohlfahrtchauvinistische Programm von Rechtspopulisten in Ländern mit starken konfessionellen Parteien und christlichen Wohlfahrtsverbänden weniger Unterstützung findet als in Ländern ohne konfessionelle Parteien wie Frankreich. Untersuchenswert wären auch das Angebot von und die Nachfrage nach Wohlfahrtchauvinismus in skandinavischen Ländern, in denen der Klassenkonflikt zu besonders starken sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften geführt hat.

## Quellenverzeichnis

### Literatur

**Albrow, Martin** (1996): *The Global Age: State and Society beyond Modernity*. Cambridge: Polity Press.

**Arzheimer, Kai** (2008). *Protest, Neo-Liberalism or Anti- Immigrant sentiment: what motivates the voters of the extreme right in Western Europe?* In: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft. Vol. 2. 173–197.

**Bartolini, Stefano/ Mair, Peter** (1990): *Identity, competition, and electoral availability. The stabilization of European electorates 1885-1985*. Cambridge: Cambridge University Press.

**Beck, Ulrich** (1997): *Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus - Antworten auf Globalisierung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

**Berbuir, Nicole/ Lewandowsky, Marcel/ Siri, Jasmin** (2015): *The AfD and its Sympathisers: Finally a Right-Wing Populist Movement in Germany?* In: German Politics. Vol. 24 (2). 154-178.

**Betz, Hans-Georg** (1993): *The New Politics of Resentment. Radical Right-Wing Populist Parties in Western Europe*. In: Comparative Politics. Vol. 25 (4). 413-427.

**Betz, Hans-Georg/Johnson, Carol** (2004): *Against the current – stemming the tide: the nostalgic ideology of the contemporary radical populist right*. In: Journal of Political Ideologies. Vol. 9 (3). 311-327.

**Bornschier, Simon** (2007): *Social Structure, Collective Identities, and Patterns of Conflict in Party Systems: Conceptualizing the Formation and Perpetuation of Cleavages*. Paper prepared for the workshop: *Politicising Socio-Cultural Structures: Elite and Mass Perspectives on Cleavages*. ECPR Helsinki Joint Sessions, 7-12 May 2007.

**Bornschier, Simon** (2010): *Cleavage Politics and the Populist Right. The New Cultural Conflict in Western Europe*. Philadelphia: Temple University Press.

**Budge, Ian** (2001): *Theory and measurement of party policy positions*. In: Budge, Ian/ Klingemann, Hans- Dieter/ Volkens, Andrea/ Bara, Judith/ Tanenbaum, Eric (2001): *Mapping Policy Preferences. Estimates for Parties, Electors, and Governments 1945-1998*. Oxford: Oxford University Press. 75-92.

**Caramani, Daniele** (2004): *The Nationalization of Politics: The Formation of National Electorates and Party Systems in Western Europe*. Cambridge: Cambridge University Press.

- Dolezal, Martin** (2008): *The design of the study: the distinguishing characteristics of our approach*. In: Kriesi, Hanspeter/ Grande, Edgar/ Lachat, Romain/ Dolezal, Martin/ Bornschier, Simon/ Frey, Timotheos (2008): *West European Politics in the Age of Globalization*. New York: Cambridge University Press. 53-75.
- Dolezal, Martin/ Hutter, Swen/ Wüest, Bruno** (2012): *Exploring the new cleavage across arenas and public debates: design and methods*. In: Kriesi, Hanspeter/ Grande, Edgar/ Dolezal, Martin/ Helbling, Marc/ Höglinger, Dominic/ Hutter, Swen/ Wüest, Bruno (2012): *Political Conflict in Western Europe*. New York: Cambridge University Press. 36-63.
- Dolezal, Martin/ Hellström, Johan** (2016): *The radical right as driving force in the electoral arena?* In: Kriesi, Hanspeter/ Hutter, Swen/ Grande, Edgar (2016): *Politicising Europe. Integration and Mass Politics*. New York: Cambridge University Press. 156-180.
- Eger, Maureen E./ Valdez, Sarah** (2015): *Neo-Nationalism in Western Europe*. In: *European Sociological Review*. Vol. 31 (1). 115-130.
- Entmann, Robert M.** (1993): *Framing: Toward Clarification of a fractured paradigm*. In: *Journal of Communication*. Vol. 42 (4). 51-58.
- Franklin, Mark. N./ Mackie, Thomas T./ Valen, Henry** (1992): *Electoral Change. Responses to evolving social and attitudinal structures in western countries*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Früh, Werner** (2007): *Inhaltsanalyse*. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.
- Golder, Matt** (2016): *Far Right Parties in Europe*. In: *Annual Review of Political Science*. Vol. 19. 477-497.
- Grande, Edgar** (2008): *Globalizing West European politics: the change of cleavage structures, parties and party systems in comparative perspective*. In: Kriesi, Hanspeter/ Grande, Edgar/ Lachat, Romain/ Dolezal, Martin/ Bornschier, Simon/ Frey, Timotheos (2008): *West European Politics in the Age of Globalization*. New York: Cambridge University Press. 320-344.
- Grande, Edgar** (2012): *Conclusion: how much change can we observe and what does it mean?* In: Kriesi, Hanspeter/ Grande, Edgar/ Dolezal, Martin/ Helbling, Marc/ Höglinger, Dominic/ Hutter, Swen/ Wüest, Bruno (2012): *Political Conflict in Western Europe*. New York: Cambridge University Press. 277-301.
- Höglinger, Dominic/ Wüest, Bruno/ Helbling, Marc** (2012): *Culture versus economy: the framing of public debates over issues related to globalization*. In: Kriesi, Hanspeter/ Grande, Edgar/ Dolezal, Martin/ Helbling, Marc/ Höglinger, Dominic/ Hutter, Swen/ Wüest, Bruno (2012): *Political Conflict in Western Europe*. New York: Cambridge University Press. 229-228.
- Hutter, Sven/ Grande, Edgar/ Kriesi, Hanspeter** (2016): *Politicising Europe. Integration and Mass Politics*. New York: Cambridge University Press.

- Kitschelt**, Herbert/ McGann, Anthony (1995): *The radical Right in Western Europe: a comparative analysis*. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Kitschelt**, Herbert/ McGann, Anthony J. (2005): *The Radical Right in the Alps: Evolution of Support for the Swiss SVP and the Austrian FPÖ*. In: Party Politics. Vol. 11 (2). 147-171.
- Kitschelt**, Herbert (2007): *Growth and Persistence of the Radical Right in Postindustrial Democracies: Advances and Challenges in Comparative Research*. In: West European Politics. Vol. 30 (5). 1176-1206.
- Kriesi**, Hanspeter/ Grande, Edgar/ Lachat, Romain/ Dolezal, Martin/ Bornschier, Simon/ Frey, Timotheos (2008): *West European Politics in the Age of Globalization*. New York: Cambridge University Press.
- Kriesi**, Hanspeter/ Grande, Edgar/ Dolezal, Martin/ Helbling, Marc/ Höglinger, Dominic/ Hutter, Swen/ Wüest, Bruno (2012): *Political Conflict in Western Europe*. New York: Cambridge University Press.
- Kriesi**, Hanspeter (2012): *Restructuring the national political space: the supply side of national electoral politics*. In: Kriesi, Hanspeter/ Grande, Edgar/ Dolezal, Martin/ Helbling, Marc/ Höglinger, Dominic/ Hutter, Swen/ Wüest, Bruno (2012): *Political Conflict in Western Europe*. New York: Cambridge University Press. 96-125.
- Lachat**, Romain/ Dolezal, Martin (2008): *Demand side: dealignment and realignment of the structural political potentials*. In: Kriesi, Hanspeter/ Grande, Edgar/ Lachat, Romain/ Dolezal, Martin/ Bornschier, Simon/ Frey, Timotheos (2008): *West European Politics in the Age of Globalization*. New York: Cambridge University Press. 237-265.
- Lachat**, Romain/ Kriesi, Hanspeter (2008): *Supply Side: the positioning of the political parties in a restructuring space*. In: Kriesi, Hanspeter/ Grande, Edgar/ Lachat, Romain/ Dolezal, Martin/ Bornschier, Simon/ Frey, Timotheos (2008): *West European Politics in the Age of Globalization*. New York: Cambridge University Press. 267-295.
- Lipset**, Seymour M./ Rokkan, Stein (1990): *Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments*. In: Mair, Peter (1990): *The West European Party System*. Oxford: Oxford University Press. 91-138.
- Marks**, Gary/ Hooghe, Liesbet/ Nelson, Moira/ Edwards, Erica (2006): *Party Competition and European Integration in the East and West: Different Structure, Same Causality*. In: Comparative Political Studies. Vol. 39. 155-175.
- Mayring**, Philipp (2015): *Qualitative Inhaltsanalyse*. Weinheim und Basel: Beltz.
- Mudde**, Cas (2002): *The Ideology of the Extreme Right*. Manchester und New York: Manchester University Press.
- Mudde**, Cas (2007): *Populist Radical Right Parties in Europe*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Parsons**, Talcott (1951): *The Social System*. London: Routledge & Kegan Paul Ltd.

- Robertson**, David (1976): *A Theory of Party Competition*. London: John Wiley and Sons.
- Rokkan**, Stein (2000): *Staat, Nation und Demokratie in Europa*. In: Flora, Peter (2000): *Staat, Nation und Demokratie in Europa. Die Theorie Stein Rokkans*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Stets**, Jan E./ Burke, Peter J. (2000): *Identity Theory and Social Identity Theory*. In: *Social Psychology Quarterly*. Vol. 63 (3). 224-237.
- Stryker**, Sheldon (2000): *Identity Competition: Key to Differential Social Movement Participation?* In: Sheldon Stryker/ Timothy J. Owens/ Robert W. White (2000): *Self, Identity, and Social Movements*. Minneapolis: University of Minnesota Press. 21-39.
- Volgens**, Andrea/ Wüst, Andreas M. (2003): *Euromanifesto Coding Instructions*. Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung – Arbeitspapiere (64).

## Parteiprogramme

**Alternative für Deutschland (2016):** *Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland.* Beschluss des Bundesparteitags am 01.05.2016. Stuttgart.

Online verfügbar unter:

[https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/05/2016-06-27\\_afd-grundsatzprogramm\\_web-version.pdf](https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/05/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf)  
[Zuletzt aufgerufen am 20.01.2017]

**Freiheitliche Partei Österreichs (2013):** *Handbuch freiheitlicher Politik. Ein Leitfaden für Führungsfunktionäre und Mandatsträger der Freiheitlichen Partei Österreichs.* 4. Auflage. Wien.

Online verfügbar unter:

[http://www.fpoe-bildungsinstitut.at/documents/10180/13608/Handbuch\\_freiheitlicher\\_Politik+\(2\).pdf/3530ad0f-4bd0-47e2-9b8b-88a4b2a7a89d](http://www.fpoe-bildungsinstitut.at/documents/10180/13608/Handbuch_freiheitlicher_Politik+(2).pdf/3530ad0f-4bd0-47e2-9b8b-88a4b2a7a89d)  
[Zuletzt aufgerufen am 20.01.2017]

**Front National (2012):** *Notre Projet. Programme Politique du Front National.* Nanterre.

Online verfügbar unter:

<http://www.frontnational.com/pdf/Programme.pdf>  
[Zuletzt aufgerufen am 20.01.2017]

**Schweizerische Volkspartei (2015):** *SVP – die Partei für die Schweiz. Parteiprogramm 2015 bis 2019.* Bern.

Online verfügbar unter:

[https://www.svp.ch/de/assets/File/Parteiprogramm\\_2015-d.pdf](https://www.svp.ch/de/assets/File/Parteiprogramm_2015-d.pdf)  
[Zuletzt aufgerufen am 20.01.2017]

## Anhang

Hauptkategorie	Code	Subkategorie (Issues)	Sub-Issues
Immigration	101	Einwanderung	Legale und illegale Einwanderung, Einwanderung aus EU-Staaten, Arbeitsmigration, Ausländeranteile, Kosten/Nutzen von Zuwanderung, Grenzkontrolle
	102	Integration	Rechte und Pflichten von Zuwanderern, Arbeitsmarktzugang, Sozialsystemzugang, staatliche Integrationsmaßnahmen, Behandlung krimineller Ausländer, Einbürgerung
	103	Asylsystem	Voraussetzungen für Asylschutz, Grundsicherung für Asylbewerber, Standards bei Unterbringung, Hinweis auf Asylmissbrauch, Kosten Asylsystem
Europäische Integration	201	Euro	Einheitswährung, Euro-Rettungsmaßnahmen, Austritt aus der Währungsunion
	202	EU-Erweiterung	Beitritte, Austritte anderer Staaten, eigener Austritt
	203	EU-Vertiefung	Integration zusätzlicher Policy-Bereiche, institutionelle Reformen, Kompetenzen der EU-institutionen, Handlungsautonomie der nationalen Regierungen
	205	Soziale EU	Solidarität zwischen den Mitgliedsländern, Ausgleichszahlungen für strukturschwache Regionen, EU-Beiträge,
Wirtschafts-liberalisierung	301	Internationale Liberalisierung	Freihandelsabkommen, Zölle, Protektion heimischer Märkte, Betonung hoher nationaler Standards, Standortverlagerungen
	302	Innerstaatliche Liberalisierung:	Kompetenzverteilung zwischen Staat und Markt, Privatisierung, Regulierung, Wettbewerbsanpassung, Subventionen
	303	Wohlfahrtstaatabbau	Sozialstaatliche Leistungen, Kranken-, Renten-, Pflege-, Arbeitslosigkeitsvorsorge, staatliche Grundsicherung

Tabelle A. 1: Kategoriensystem

<i>Partei</i>	<b>101</b>	<b>102</b>	<b>103</b>	<b>201</b>	<b>202</b>	<b>203</b>	<b>204</b>	<b>301</b>	<b>302</b>	<b>303</b>	<b>Gesamt</b>
<b>AfD</b>	43	41	48	41	3	24	11	17	42	27	<b>297</b>
<b>FN</b>	41	29	3	51	1	32	6	27	12	57	<b>259</b>
<b>FPÖ</b>	39	108	69	24	28	99	22	23	42	44	<b>498</b>
<b>SVP</b>	54	49	59	1	5	29	1	15	61	86	<b>360</b>
<b>Gesamt</b>	<b>177</b>	<b>227</b>	<b>179</b>	<b>117</b>	<b>37</b>	<b>184</b>	<b>40</b>	<b>82</b>	<b>157</b>	<b>214</b>	<b>1.414</b>

Tabelle A. 2: Salienzen: Issue-Nennungen je Partei

<i>Partei</i>	<b>101</b>	<b>102</b>	<b>103</b>	<b>201</b>	<b>202</b>	<b>203</b>	<b>204</b>	<b>301</b>	<b>302</b>	<b>303</b>	<b>Gesamt</b>
<b>AfD</b>	-0,70	-1,00	-0,84	-1,00	-1,00	-1,00	-1,00	-0,06	0,31	-0,80	<b>-0,64</b>
<b>FN</b>	-1,00	-1,00	-1,00	-1,00		-1,00	-1,00	-1,00	-1,00	-1,00	<b>-1,00</b>
<b>FPÖ</b>	-1,00	-0,97	-0,95	-0,90	-0,90	-0,55	-1,00	-0,71	-0,03	-0,61	<b>-0,74</b>
<b>SVP</b>	-1,00	-1,00	-0,77	-1,00	-1,00	-1,00	-1,00	-0,08	0,96	0,97	<b>-0,08</b>
<b>Gesamt</b>	<b>-0,93</b>	<b>-0,99</b>	<b>-0,85</b>	<b>-0,98</b>	<b>-0,93</b>	<b>-0,80</b>	<b>-1,00</b>	<b>-0,53</b>	<b>0,38</b>	<b>0,07</b>	<b>-0,59</b>

Tabelle A. 3: Positionen: Mittelwerte über alle positiven und negativen Issue-Nennungen je Partei

<i>Partei</i>	<b>A1</b>	<b>A2</b>	<b>A3</b>	<b>B1</b>	<b>B2</b>	<b>Gesamt</b>
<b>AfD</b>	36	0	15	26	35	<b>112</b>
<b>FN</b>	21	0	5	32	60	<b>118</b>
<b>FPÖ</b>	50	0	20	70	46	<b>186</b>
<b>SVP</b>	22	0	4	28	51	<b>105</b>
<b>Gesamt</b>	<b>129</b>	<b>0</b>	<b>44</b>	<b>156</b>	<b>192</b>	<b>521</b>

Tabelle A. 4: Frames je Partei, Issue-übergreifend

<i>Issue</i>	<b>A1</b>	<b>A2</b>	<b>A3</b>	<b>B1</b>	<b>B2</b>	<b>Gesamt</b>
<b>101</b>	13	0	0	15	24	<b>52</b>
<b>102</b>	21	0	0	42	6	<b>69</b>
<b>103</b>	3	0	0	13	20	<b>36</b>
<b>201</b>	9	0	3	4	49	<b>65</b>
<b>202</b>	8	0	2	0	1	<b>11</b>
<b>203</b>	61	0	36	4	15	<b>116</b>
<b>204</b>	2	0	0	0	17	<b>19</b>
<b>301</b>	7	0	3	8	7	<b>25</b>
<b>302</b>	4	0	0	26	34	<b>64</b>
<b>303</b>	1	0	0	44	19	<b>64</b>
<b>Gesamt</b>	<b>129</b>	<b>0</b>	<b>44</b>	<b>156</b>	<b>192</b>	<b>521</b>

Tabelle A. 5: Frames je Issue, parteiübergreifend

